



Protokoll

der 32. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 23. Oktober 2024, um 9:00 Uhr

- Vorsitz:** *Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
- Protokoll:** *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung
- Abwesende:** Anina Ineichen (GAB), Fina Girard (GAB), Lukas Faesch (LDP), Béla Bartha (GAB)

Verhandlungsgegenstände:

22. Motion Michael Hug und Konsorten betreffend mehr Transparenz bei projektbezogenen Beschäftigungsverhältnissen im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR..... 2
23. Motion Franz-Xaver Leonhardt für einen Neuanfang beim Areal Horburg, Stellungnahme des RR 6
24. Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Einführung von anonymisierten Bewerbungsverfahren in der Verwaltung Basel-Stadt, Schreiben des RR..... 11
25. Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend Angebot sicherstellen und Qualitätssicherung für Seelsorge in Gefängnissen, Spitälern und Asylunterkünften für Angehörige nicht anerkannter Religionen, Schreiben des RR..... 13
26. Anzug Laurin Hoppler und Konsorten betreffend Entlastung bei amtlichen Gebühren für Registerauszüge und offizielle Dokumente, Schreiben des RR 17
27. Motion Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Rückvergütungen von kantonalen Überschüssen an die steuerzahlenden Privatpersonen, Stellungnahme des RR..... 18
28. Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Vorgeburtlicher Mutterschutz, Schreiben des RR 23
29. Motion Pascal Messerli und Michael Hug betreffend der Polizeiberuf muss in Basel-Stadt wieder attraktiv werden: Lohnerhöhung jetzt!, Stellungnahme des RR..... 23
30. Motion Anina Ineichen und Konsorten für einen Klimafonds "New Green Deal für Basel" (NGDB), Stellungnahme des RR" 32



Beginn der 32. Sitzung

Mittwoch, 23. Oktober 2024, 09:00 Uhr

22. Motion Michael Hug und Consorten betreffend mehr Transparenz bei projektbezogenen Beschäftigungsverhältnissen im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

[23.10.24 09:00:28, 24.5021.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen folgende Mitteilungen zu machen:

Wahlen am Sonntag

Im Namen des Grossen Rates möchte ich den sechs Mitgliedern des Regierungsrats, die bereits gewählt sind, und dem Regierungspräsidenten, der ebenfalls als solcher bereits gewählt ist, herzlich zur Wahl gratulieren. Ich wünsche Ihnen weiterhin viel Freude im Amt und auch Freude bei der Zusammenarbeit mit dem Grossen Rat. [Applaus]

Natürlich gratuliere ich auch den gewählten Grossrätinnen und Grossräten und den Nachrückenden herzlich zu ihrem Ergebnis. Es ist mir aber auch ein Anliegen, allen, die für den Regierungsrat und für den Grossen Rat kandidiert haben in dieser Stadt, zu danken für ihr Engagement für die Demokratie. Das ist viel wert und hat auch einen Applaus verdient. Vielen Dank. [Applaus]

Ein freudiges Ereignis

Am 16.10. ist Helena Ada Lily Aurelia als Tochter von Tobias Christ zur Welt gekommen. Tobias Christ spendiert aus diesem freudigen Anlass heute Morgen den Kaffee und im Namen des Grossen Rates möchte ich ihm herzlich zur Geburt der Tochter gratulieren. [Applaus]

Führung Denkmalpflege

Heute findet über Mittag eine Führung durch die Denkmalpflege für Ratsmitglieder statt. Jene, die sich angemeldet haben, treffen sich um 13:30 Uhr im Innenhof. Es liegt eine Liste auf mit den Namen, die sich eingetragen haben. Wenn Sie Änderungen wünschen, können Sie sie eintragen und es dem Parlamentsdienst mitteilen.

Informationstagung der IPK Nordwestschweiz

Die diesjährige Informations- und Netzwerktagung der IPK findet diesen Freitag, 25. Oktober, in Solothurn statt. Die Einladung wurde Ihnen per Mail zugestellt. Einige Exemplare der Einladung liegen auf. Sie können sich bis morgen, Donnerstag, 12 Uhr, direkt über den in der Einladung angegebenen Link anmelden.

Das waren meine Mitteilungen.

Wir fahren fort in der Traktandenliste und kommen zu Traktandum 22. Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Das Wort geht an Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Regierungsrat ist nicht dagegen, dieses Thema mit Ihnen zu diskutieren und auch für mehr Transparenz zu sorgen. Ich glaube, das ist unbestritten, das habe ich auch bei der ersten Entgegennahme oder auf unseren Wunsch Nicht-Entgegennahme bereits so gesagt, dass wir das gerne vor allem auch mit der Finanzkommission diskutieren, auch um aufzuzeigen, was wir bereits alles machen. Natürlich haben wir ein Controlling, selbstverständlich werden die Projektstellen auch wieder aufgelöst, wenn sie nicht mehr gebraucht werden. Das würden wir gerne mit Ihnen anschauen.

Daher bitten wir Sie, die Motion in einen Anzug umzuwandeln, denn was Sie jetzt verlangen in der Motion, bereits das Gesetz anzupassen, bereits die Berichterstattung zu ändern, erscheint uns nicht zielführend. Insbesondere wenn Sie fordern, dass die Personen nur befristet angestellt werden können. Das ist wirklich etwas sehr Unattraktives, wenn Sie eine Person nur befristet anstellen, wenn Sie das ausschreiben, da erhalten Sie natürlich nicht die besten Arbeitskräfte. Und da wir ein grosser Betrieb sind, ist es bei uns auch kein Problem, im Rahmen der Fluktuation den Personen dann andere Aufgaben zu geben, wenn das Projekt zu Ende ist.



Das ist nur ein Beispiel. Der andere Grund, warum es nicht sinnvoll ist, es als Motion zu überweisen, der Grosse Rat steuert den Kanton über die Finanzen und nicht über die Stellen. Das ist ein Prinzip, das wir bisher so haben. Wenn wir das ändern wollten, müssten wir wahrscheinlich hier ein paar Grundsätze anpassen und ändern.

Daher bitte ich Sie, die Motion als Anzug zu überweisen und wir gehen dann gerne in die Diskussion vor allem über die Finanzkommission mit Ihnen, um zu klären, wie wir das in Zukunft transparenter machen können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten und da hat sich für das GAB Patrizia Bernasconi gemeldet.

Patrizia Bernasconi (GAB): Wir waren schon bei der ersten Traktandierung dieses Geschäfts gegen die Überweisung. Wir sind nicht gegen Transparenz, wir fanden aber, dass wenn es darum geht, bei den projektbezogenen Stellen Transparenz zu schaffen, die Motion das falsche Instrument ist. Die wahren Absichten hinter dieser Motion wurden jedoch im Laufe der damaligen Diskussion klar. Es ging und geht hier um die Steuerung des Personals bzw. um die Reduktion des Headcounts und das lehnen wir aber entschieden ab.

Wir begrüssen die Stellungnahme des Regierungsrates und stellen fest, und das haben wir jetzt auch noch gehört, dass vieles, zum Beispiel ein internes Controlling oder die Berichterstattung, schon vorhanden ist. Vieles anderes kann problemlos umgesetzt werden, es braucht keine Motion dafür. Auch erklärt der Regierungsrat aus unserer Sicht in genügender und nachvollziehbarer Art, wieso besser unbefristete Stellen für projektbezogene Arbeit ausgeschrieben werden und das wurde jetzt auch noch hier wiederholt. Wir können also sagen, der Vorstoss sei somit erledigt. Auch fragen wir uns, und da möchte ich an die Session im Frühling erinnern, wie viele Kontroll- und Steuerungsinstrumente der rechte Teil des Parlaments noch an sich reissen will.

Kurz, für uns besteht kein Grund, die Motion als Motion zu überweisen oder auch als Anzug.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Die Fraktion der SP wollte diese Motion schon beim ersten Mal nicht überweisen, genau wie das GAB. Wir bleiben auch heute dabei. Auch möchten wir den Vorstoss nicht wie von der Regierung vorgeschlagen als Anzug überweisen. Wenn ein zeitlich beschränktes Projekt auch temporäre Einstellungen erfordert, können Mitarbeitende bereits jetzt befristet eingestellt werden. Die Weiterführung einer solchen Stelle muss durch den Regierungsrat bewilligt werden. Das ist kein einfacher oder schneller Prozess und das geschieht auch nicht leichtfertig. Dass der Grosse Rat über Weiterführungen und befristeten Anstellungen entscheiden soll, ist, so in der Stellungnahme klar beschrieben, rechtlich nicht zulässig.

Auch unabhängig von der Unzulässigkeit finden wir die Forderung stossend. Erstens können wir mit Budgetpostulaten Einfluss auf das Budget nehmen. Zweitens scheint hier eine Kompetenzverschiebung von der Regierung zur Verwaltung weg hin zum Parlament Ziel zu sein. Ich bin sicher, das würde die Bürokratie noch erhöhen, die Wege verkomplizieren und eine Kontrolle über den wachsenden Headcount würden wir auch so nicht haben. Das müsste anders angegangen werden und da würde ich persönlich dann auch sofort dabei sein.

Für uns ist es primär, dass Mitarbeitende arbeitsrechtlich gut geschützt sind und durch ihre Berufsausübung eine gesicherte Existenz und Lebensplanung haben. Deshalb sollte es wenn möglich vermieden werden, zeitlich beschränkte Anstellungen zu generieren, wie das uns auch Tanja Soland erläutern hat vorher. Selbstverständlich heissen wir es auch nicht gut, dass Mitarbeitende für ein spezifisches Projekt angestellt und dann behalten werden und dass dadurch der Headcount aufgeblasen wird. Hier ist aber der Verdacht, dass dies getan wird, nicht zielführend. Ich habe schon bei der ersten Diskussion um diesen Vorstoss gesagt, dass eine schriftliche Anfrage mit der Frage, was mit den Stellen und den Stellenbesetzungen passiert, wenn das entsprechende Projekt abgeschlossen ist, passender gewesen wäre.

Das braucht keine Motion, die in Teilen noch rechtlich nicht zulässig ist. Das braucht auch keinen Anzug. Wir sind deshalb klar für nicht überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion LDP hat Michael Hug das Wort.

Michael Hug (LDP): Ich bedanke mich grundsätzlich bei der Regierung, welche den Vorstoss weiterbehandeln möchte als Anzug und mit der Finanzkommission mögliche Verbesserungen im Jahresbericht im Hinblick auf mehr Transparenz bei



projektbezogenen Stellen diskutieren möchte. Die Regierung möchte also das Thema aufnehmen, wie Regierungsrätin Tanja Soland soeben gesagt hat.

Trotz der Argumente der Regierung bleibe ich bewusst bei der Einreichung als Motion. Der Grund liegt in der Verbindlichkeit, die nur durch eine Motion gewährleistet wird. Gerade weil die Regierung in ihrer Stellungnahme ausführt, dass die projektbezogenen Stellen grundsätzlich im Jahresbericht ausgewiesen sind und sie eine transparentere Darstellung begrüssen, kann diese Motion ja auch erfüllt werden. Zudem möchte die Motion die Anstellungsverhältnisse nur nach Möglichkeit befristet anstellen, nicht in jedem Fall, wie soeben ausgesagt wurde. Ich zitiere aus dem Motionstext: «Grundsätzlich sind Arbeitnehmende, welche aufgrund eines terminierten Projektes benötigt werden, jeweils und nach Möglichkeit befristet einzustellen».

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache. Der Staat wächst überproportional und das hat reale Folgen für den Arbeitsmarkt sowie die finanzielle Nachhaltigkeit. Der Vorstoss adressiert eine konkrete Fehlentwicklung, nämlich das permanente Anwachsen des Staatsapparats durch projektbasierte Stellen, die nach Projektabschluss nicht aufgelöst werden. Nur eine verbindliche Vorgabe durch eine Motion kann sicherstellen, dass die Regierung tatsächlich handeln muss, statt die Thematik nur zu evaluieren und womöglich auf unbestimmte Zeit zu verschieben.

Ein weiteres Argument der Regierung war, dass Flexibilität erforderlich sei, um auf neue Herausforderungen reagieren zu können. Dem stimme ich zu, aber genau aus diesem Grund enthält die Motion auch den Vorschlag, dass projektbezogene Stellen verlängert werden können, wenn dies sachlich gerechtfertigt ist. Es geht nicht darum, notwendige Stellen zu blockieren, sondern um Transparenz und Nachvollziehbarkeit zu erreichen.

Letztlich ist es nicht das Ziel, die temporären Stellen durch den Grossen Rat direkt zu managen, dies liegt gar nicht in unserer Kompetenz. Es geht darum, durch eine klare Ausweisung der temporären Stellen eine sinnvolle Grundlage für die Budgetprozesse zu schaffen, insbesondere über neue Stellen. Das ist der transparente und verantwortungsvolle Umgang mit Steuergeldern, den wir anstreben. Dies hat auch Ratskollegin Patrizia Bernasconi soeben in ihrem Votum unterstützt.

Ich bitte Sie daher, den Vorstoss als Motion zur Erfüllung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Eric Weber gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Wir sind schon bei meiner letzten Rede im Monat Oktober. Meine Vorredner haben zum Thema Vetterwirtschaft gesprochen, das Wort ist gefallen. Seit meiner Kindheit höre ich halt auch immer wieder und das jetzt seit 50 Jahren, dass im Kanton Basel-Stadt die Stellen nach Freundschaft vergeben werden. Wegen meinen Gästen auf der Tribüne habe ich vielleicht am Anfang den Einstieg von Regierungsrätin Tanja Soland nicht genau gehört, aber ich habe gehört, Tanja Soland hat gesagt, wir sind nicht bereit zu diskutieren. Also ich habe es so verstanden, wurde das gesagt? Ich glaube ja.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Weber, wenn Sie nicht genau zugehört haben, müssen Sie nicht kommentieren, was gesagt wurde. Konzentrieren Sie sich auf Ihr Votum, sonst ist es wirklich das letzte.

Eric Weber (Fraktionslos): Wir sind ein Parlament und wir kontrollieren die Regierung. Und Michael Hug hat richtig gesagt, die Sache ist überproportional, wir haben zu viele Stellen und da muss wirklich einfach einmal aufgeklärt werden über die vielen Stellen, die da sind. Es ist meine feste Überzeugung als Grossrat, dass wir der Kanton und die Stadt weltweit mit den meisten Angestellten beim Kanton proportional zur Bevölkerungsanzahl sind. Ich bin nicht einverstanden als Grossrat von Basel, dass zu viele Leute für diesen Kanton arbeiten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Regierungsrätin Tanja Soland nochmals das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich möchte einfach nochmal festhalten, wenn es eine befristete Stelle für ein befristetes Projekt gibt, dann ist, wenn das Projekt zu Ende ist, auch die Stelle zu Ende. Selbstverständlich. Und das kontrollieren wir, es wird dann im Kanton nicht einfach weitergearbeitet, das geht ja nicht. Die Person, das muss man einfach trennen, die Person, der Herr Müller, der auf dieser Stelle war, wenn er nicht aufhört zu arbeiten, dann macht er eine andere Arbeit, weil mit der Fluktuation, die Sie in so einem grossen Betrieb haben, ist das in der Regel kein Problem. Also wir lassen sicher nicht



die Personen weiterarbeiten, das ist wirklich kein Thema. Das möchte ich wirklich von mir weisen, das machen wir nicht und eine befristete Anstellung ist unattraktiv für Personen, die kompetent sind und gut sind.

Und wenn Sie das Stellenwachstum ansprechen, dann müssen Sie schauen, Sie haben es auch in der Hand, die Finanzen, dann müssen Sie bei den Finanzen schauen. Sie bewilligen das Budget, dort werden auch die Stellen ausgewiesen, das liegt dann in Ihrer Hand. Und dann geht es darum bei einer Erstanstellung, wie viele Stellen schafft man, wie viele Finanzen, welche Leistungen machen wir, dann müssen Sie dort schauen. Aber das ist so ein Hintertür-Trick, der wird nicht funktionieren, er wird nur dazu führen, dass wir schlechtere Personen haben und man wird sogar überlegen, ob man nicht mehr unbefristet anstellt oder länger oder diese Projekte nicht mehr macht.

Also hier sind Sie einfach ein wenig auf dem Holzweg, es tut mir leid. Ich sehe Ihren Punkt, aber den müssen Sie bei den Finanzen machen. Da haben Sie jetzt im Dezember die Möglichkeit beim Budget zu sagen, diese Leistungen wollen Sie nicht mehr oder da wollen Sie weniger. Das ist ehrlich und das wäre transparent.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen zwei Mal ab, zuerst die Eventualabstimmung. Michael Hug beantragt Überweisung als Motion, der Regierungsrat beantragt Überweisung als Anzug.

Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 34 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004598, 23.10.24 09:19:46]

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Anzug

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Geschäft wird als Anzug weiterbehandelt.

Patrizia Bernasconi beantragt Nichtüberweisung. Wir stimmen darüber ab.

Schlussabstimmung

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 44 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004599, 23.10.24 09:20:26]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Geschäft wird als Anzug überwiesen. Es liegen 48 Ja-Stimmen gegen 44 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung vor.



23. Motion Franz-Xaver Leonhardt für einen Neuanfang beim Areal Horburg, Stellungnahme des RR

[23.10.24 09:20:35, 24.5018.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres. Das Wort geht an Regierungsrätin Tanja Soland. Sie verzichtet. Damit kommen wir zu den Fraktionsvoten und da hat sich für die SP Ivo Balmer gemeldet.

Ivo Balmer (SP): Heute geht es in die dritte Runde für das Horburg-Areal. Wir diskutieren die Zweitüberweisung der Motion von Franz-Xaver Leonhardt und der lancierte mit diesem Vorstoss schon wirklich geschickt eine grundsätzliche Perspektive an einem konkreten Beispiel und das sind genau immer noch diese zwei Argumente, die unserer Ansicht nach zielführend sind und weitergeführt werden müssen. Zum konkreten Zankapfel Horburg hat Franz-Xaver Leonhardt hier die forcierte Bodenpolitik unseres Kantons als Lösungsweg vorgeschlagen, um diese Verwicklungen da zu lösen, und ich denke, das bleibt nach wie vor die konkrete Möglichkeit, weil mehr von einer endlichen Ressource Boden zu kaufen ist ja eigentlich nicht falsch aus der Perspektive eines flächenbegrenzten Kantons. Es war ein Angebot an die Regierung, hier nicht zu kaufen. Das hat sie bis jetzt nicht getan, aber wer weiss, vielleicht wird das ja noch passieren.

Jetzt komme ich zur zweiten der grundsätzlichen Perspektive auf eine aktivere Bodenpolitik in unserem Kanton und das ist genau das Argument, weshalb wir von der SP-Fraktion beantragen, diese Motion zum zweiten Mal zu überweisen und sie in einen Anzug umzuwandeln. Hierzu möchte ich erstmals wirklich betonen, wie erfreulich eigentlich auch die Beantwortung des Vorstosses durch den Regierungsrat ausgefallen ist. Denn im Grundsatz bekennt er sich zu einer aktiven Bodenpolitik und er verweist auch, dass das auf einem bereits existierenden rechtlichen Rahmen aufgebaut ist. Das heisst, die Grundsätze des prominenten Baslers Hans Bernoulli sind vorhanden und jetzt müssen sie an bestimmten Punkten weiter abgeklärt werden und konkretisiert werden. Und genau das können wir einfordern, wenn wir diesen Vorstoss als Anzug zum zweiten Mal überweisen.

Nehmen wir nochmals diese Bernoullischen Grundsätze aus seinem Buch «Die Stadt und ihr Boden» zu Hand, die hatten wir schon das letzte Mal. Erster Punkt, die Gemeinde verkauft kein Land, das ist geklärt. Seit 2016, Sie erinnern sich, die zweite Bodeninitiative, geht dies in unserem Kanton im Grundsatz nicht mehr. Und der zweite Punkt, die Gemeinde erwirbt in privatem Eigentum stehendes Land nach Möglichkeit. Hier wird es unklarer und diffuser. Der Grundsatz ist noch klar und ist auch im § 50a des Finanzhaushaltsgesetzes geregelt bzw. wird dort eine aktive Bodenpolitik beschrieben, und jetzt geht es genau mit dieser Zweitüberweisung darum zu klären, was nach Möglichkeit heisst. Der dritte Punkt, das ist dann das mit diesen Baurechtsverträgen und das Überlassen des kantonseigenen Bodens an Private. Das müssen wir nicht weiter vertiefen, das wird schön ausgeführt, dass der Kanton Basel-Stadt eine grosse Baurechtserfahrung hat mit verschiedensten Akteur*innen und hier auch eine sehr grosse Anzahl von Baurechten bewirtschaftet.

Deshalb bleibt dieser zweite Punkt und der muss jetzt abgeklärt werden und ich setze hier genau auf die Hoffnung, auch dass diese Einschätzung geteilt wird von vielen hier drin im Saal, dass wir abklären, was diese nach Möglichkeit heisst, und lade Sie ein zur zweiten Überweisung, dass wir hier weitermachen können. Deshalb Umwandlung von der Motion in einen Anzug, Überweisung an den Regierungsrat und dann können wir das Grundsätzliche weiter vertiefen und auch beim, sage ich mal, beim neuen Bonmot für Basel bleiben. Gestern Hans Bernoulli und heute ist es Franz-Xaver Leonhardt, der uns da den Weg bereitet in ein neues Bodenpolitik-Zeltalter. Ich danke also für die bürgerliche Zusammenarbeit hier und hoffe, dass das auch dann hier hinten auf der Abstimmungstafel ersichtlich wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Die Horburg-Überbauung, das ist heute ein Wohnraum von sehr hoher Qualität. Es ist grün vor den Fenstern und trotz der Lage in einem dichten Quartier sind die Wohnungen sehr attraktiv, bezahlbar, die Nachbarschaft ist sehr familiär, vielfältig und lebendig. Gleichzeitig finden in der nächsten Umgebung entscheidende und auch einschneidende Veränderungen statt. Ich denke hier zum Beispiel an den Rheintunnel, aber auch an die Veränderung im Klybeckareal und in dem Hafen, mit der der unterste Teil des Kleinbasels über Jahre, vielleicht sogar Jahrzehnte stark verändert wird mit grossen Baustellen.

Nun besteht hier die Möglichkeit, beim Horburg-Areal eine Entwicklung aufzugleisen, die dem Kontext des Quartiers gerecht wird und zu diesen zukünftigen Veränderungen passt. Der Kauf des Areals bietet damit eine optimale Rahmenbedingung, eine Stadtentwicklung im Sinne der Bevölkerung zu machen. Es muss nicht noch nebenbei auch noch auf die Rendite eines



Investors Rücksicht genommen werden, sondern man muss schauen, was passt ins Quartier, was wollen wir und das zusammen mit der Bevölkerung besprechen.

Es ist schon etwas erstaunlich, wenn wir dann die Antwort des Regierungsrats lesen und da steht, dass der Kauf des Horburg-Areals zu Konflikten im Quartier führen würde. Ich fände es schon noch interessant zu hören, was da die Gedanken dahinter sind. Ich glaube, eine Entwicklung im Sinne des Quartiers führt nicht zu Konflikten im Quartier, sondern kann diese Konflikte reduzieren. Was tatsächlich zu Konflikten im Quartier führt oder geführt hätte, wäre eine überbissene Überbauung, die ohne jeglichen Einbezug der Bevölkerung geplant wurde, diese konnte ja zum Glück so verhindert werden. Was auch tatsächlich zu Konflikten führt, ist eine renditegetriebene Verdichtung in einem der dichtesten Quartiere der Stadt oder eine Überbauung der wenigen verbleibenden Grünflächen, die im Sommer Kühlung und Platz für Spiel und Erholung bieten.

Wir sind im Gegensatz zur Regierung absolut davon überzeugt, dass ein möglicher Kauf des Areals durch den Kanton solche Konflikte verhindern könnte, wenn der Kanton Verantwortung übernimmt und eine Planung angeht, die von Beginn an gemeinsam mit der Bevölkerung entwickelt wird. Deshalb möchten wir vom GAB ein zweites Mal diese Forderung überweisen und die Chance packen, eine nachhaltige Quartierentwicklung zu ermöglichen.

Sie haben es gesehen, das GAB hat im «Chrüzlistich» auf Motion gesetzt, weil es uns wichtig ist, dass die Forderung dieser Motion hier ernst genommen wird und wirklich auch ernsthaft darüber nachgedacht wird, wie das Areal Horburg eine aktive Rolle in der Bodenpolitik einnehmen kann, wie die Raumplanung oder der Städtebau hier ausgelotet werden kann, um ein Optimum für die Bevölkerung zu erreichen und auch wie eine Kaufverhandlung aktiv geprüft und angegangen werden kann.

Wir sehen aber auch, dass die Motion gewisse Haken hat und sind deshalb bereit, sie als Anzug zu überweisen. Ich werde also keinen Antrag auf Motion stellen, obwohl wir inhaltlich nach wie vor sehr viele Sympathien für die Motion haben. Das darf aber nicht dazu führen, dass die Forderungen einfach wieder in der untersten Schublade verschwinden, wie es bei Anzügen in den letzten vier Jahren leider des öfteren zu beobachten war. Seien wir mutig, übernehmen wir Verantwortung für das Horburg-Quartier, fürs Matthäus, fürs Klybeck und überweisen den Neuanfang fürs Areal Horburg ein zweites Mal.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die FDP spricht Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ja, wir haben ein Problem im Wohnungsbau. Zu viele Restriktionen, Regeln, viel zu lange Prozesse. Mit dem Richtplan Umwelt und Klima verlängern wir diese zusätzlich und statt wir das Problem angehen und den Ursprung des Problems versuchen zu beseitigen, haben wir ein privates Projekt, in das wir versucht haben, den ganzen Giftschrack von marktfeindlichen und investorenfeindlichen Massnahmen packen zu wollen. Das war der Ursprung. Jetzt, statt man versucht, wirklich diese Probleme anzugehen, versuchen wir das Areal zu verstaatlichen, mehr Staat, noch mehr Regeln und dabei wissen wir, dass wir mit den Wohnschutzbestimmungen, die wir versucht haben anzupacken, nämlich schon zu viele Regeln haben. Wir erreichen ja gar nicht das, was wir dem Stimmvolk versprochen haben, dass wir mehr Wohnraum haben. Ich frage, haben Sie wirklich das Gefühl, dass wir jetzt mit mehr Staat da zusätzlich mehr Planwirtschaft eine bessere Lösung am Ende haben? Ich glaube, wir müssen wirklich das Problem bei den Wurzeln anpacken und darum ist diese Motion abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage vor von Franz-Xaver Leonhardt. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Daniel Seiler, Sie haben gesagt, wenn der Staat. Der Auftrag der Motion heisst ja nur, den Boden zu kaufen. Warum ist das Planwirtschaft? Es steht explizit, dass der Baurechtsnehmer dann ganz privat ist.

Daniel Seiler (FDP): Schlussendlich wird es so rauskommen, wie es immer halt rauskommt dann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Noch eine Zwischenfrage von Ivo Balmer. Sie wird angenommen.

Ivo Balmer (SP): Daniel Seiler, weil Sie eigentlich nur über diese Wohnbauziffer gesprochen haben, kennen Sie die in der Entwicklung in der Schweiz und im Kanton Basel-Stadt seit 2008?

Daniel Seiler (FDP): Ich habe die Frage nicht verstanden.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zum Sprecher für die SVP, Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Aus Sicht der SVP-Fraktion kann ich es heute eigentlich relativ kurz machen. Wir sind dagegen, dass wir diese Motion überweisen, auch nicht als Anzug. Der erste Punkt, warum wir dagegen sind, wenn wir jetzt diese Motion auch bei der Zweitüberweisung als Motion überweisen, dann hat doch der Kanton einen sehr schlechten Handlungsspielraum. Er muss kaufen, der Private kann jeden Preis anbieten. Es ist ein Parlamentsauftrag. Das bringt doch hier wirklich nichts, wenn wir hier wirklich dem Regierungsrat und dem Kanton das Messer an den Hals setzen und das als Motion überweisen.

Der zweite Punkt ist, wir haben den Ratschlag Horburg zurückgewiesen. Der Regierungsrat hat jetzt Handlungsspielraum, er muss wieder etwas Neues bringen, er kann auch wieder etwas Neues bringen, er ist jetzt im Lead, dementsprechend benötigt es nicht einfach noch eine Zweitüberweisung, welche explizit vorschlägt, was man jetzt mit diesem Areal machen muss.

Und der dritte Punkt ist, die Quartierbevölkerung in Kleinbasel war einfach gegen dieses Hochhaus, Punkt. Es ist völlig egal, ob jetzt hier ein Privater dieses Hochhaus geplant hat oder der Regierungsrat hier diesen Boden kauft und es dem Privaten abgibt, die Bevölkerung will dort kein Hochhaus und will dort nicht noch verdichteter bauen. Dementsprechend muss man so oder so einen Ratschlag bringen, der quartierverträglich ist, der bei der Bevölkerung auf Anklang stösst, völlig unabhängig jetzt davon, wer hier im Besitz oder im Eigentum von diesem Boden ist. Man soll ja sachrechtlich Besitz und Eigentum nicht verwechseln.

Aber es bringt nichts, wenn wir hier diese Motion überweisen und wir hier jetzt auch dem Regierungsrat und dem Kanton sagen müssen, er muss unbedingt kaufen. Dementsprechend warten wir doch ab, wir haben diesen Ratschlag zurückgewiesen, der Regierungsrat wird wieder mit etwas kommen. Es muss etwas sein, das quartierverträglich ist und deshalb braucht es diese Motion hier auch bei der Zweitüberweisung nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Franz-Xaver Leonhardt an? Sie wird angenommen.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Pascal Messerli, mit dem Handlungsspielraum, wenn wir es als Anzug überweisen, meinen Sie, dass dann die Regierung genug Handlungsspielraum hätte? Weil sie muss nicht.

Pascal Messerli (SVP): Er hätte mehr Handlungsspielraum, als wenn wir jetzt als Motion überweisen, aber die anderen Punkte sprechen dann trotzdem auch gegen die Überweisung als Anzug. Aber ja, der Handlungsspielraum wäre etwas grösser, das stimmt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die LDP spricht Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Herr Kollege Ivo Balmer, in «Die Stadt und ihr Boden» von Hans Bernoulli setzt sich der Architekt und Stadtplaner intensiv mit der Bodenfrage in der Stadtentwicklung auseinander. Wie Sie selbst gesagt haben. Er kritisiert grundsätzlich die private Bodenverwertung als Ursache für spekulative Preistreiberei und städtebauliche Probleme. Bernoulli plädiert dafür, dass der Boden in öffentlicher Hand bleiben oder zumindest von der Gesellschaft und Gemeinschaft kontrolliert werden soll. Ich wiederhole, oder zumindest von der Gemeinschaft kontrolliert werden soll.

Dies ist bereits der Fall, und zwar im höchsten Masse. Richtungsplanung, Nutzungsplanung, Zonenplanung, Baugesetze, Denkmalschutz, Partizipationsverfahren und politische Kontrolle. Das sind sicher materiell rechtliche Vorgaben, die zur Zeit von Bernoulli noch nicht in diesem Ausmass bestanden haben. Es sind alle gemeinschaftlichen Interessen abgebildet. Darum zieht für mich dieses Argument nicht.

Ein weiteres Argument, wieso man gegen diese Motion sein muss aus einer liberalen Perspektive, ist die Preistreiberei durch den Kanton, Kollege Pascal Messerli hat es angesprochen. Ein gutes Beispiel dafür ist das Clara-Areal, wo immer noch nicht bekannt ist, inwiefern der Kanton hier Angebote gemacht hat, die dann überboten werden mussten von Privaten.

Ich fordere hier eine ganzheitliche Strategie von der Regierung, wie und was sie mit den Bodenkäufen beabsichtigen. Bisher ist nur wahrnehmbar, dass man punktuell Liegenschaften ins Finanzvermögen übernimmt ohne klaren Plan. Man



argumentiert dann mit Handlungsspielraum für die gesellschaftlichen Interessen und Aufgaben. Das geht mir zu wenig weit. Es kam das Clara-Areal vorletztes Jahr ins Finanzvermögen für mehrere hundert Millionen Franken, es kam die Gartenstrasse, wo jetzt noch die UBS eingemietet ist, in das Finanzvermögen, aber es gibt keine konkrete Planung und ein Konzept. Und solange dies nicht vorliegt, können wir diese Motion unter keinen Umständen unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Franz-Xaver Leonhardt gemeldet.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Heute ist es kein Gang nach Canossa. So habe ich angefangen damals im Januar mit meiner Motion und ich habe doch einiges einstecken müssen. Ivo Balmer hat auch gesagt, das ist beste bürgerliche Politik, das höre ich immer gerne und er hat das heute bestätigt und es ist auch gute, nicht beste, gute Politik für die Stadt.

Michael Hug hat gesagt, er möchte die Motion nicht überweisen. Ich bin mit ihm einig. Ich glaube, das war damals zu hart. Die Regierung wollte es nicht, ich möchte es heute auch nicht, weil die Idee von dieser Motion war der Gordische Knoten, den wir hier zusammen verursacht haben. Es war die Dezembersitzung, wir hatten das Geschäft, es war eigentlich in der Raumplanungskommission in Verhandlung, ein Geschäft, wo die Kommission dahinter gestanden ist und was ist passiert? Ganz Links und ganz Rechts haben noch andere Ideen und wir haben unserer Baudirektorin so unter Druck gesetzt, dass sie nur noch es zurücknehmen konnte und versprochen hat, uns einen neuen Ratschlag vorzubereiten. Ich nehme an, der ist bald bereit und wir werden darüber diskutieren. Wenn Regierungsrätin Esther Keller mit einem tollen Vorschlag kommt, dann wird mein Anzug, ich hoffe, er wird als Anzug überwiesen, abgeschrieben, weil dann haben wir das, was wir wollen, eine Entwicklung im Bestand mit eventuell einem Neubau am Horburg mit hoffentlich viel Grün und guter Wohnqualität, das ist gut für unsere Stadt.

Die Bodenpolitik, ich bin auch einverstanden, Michael Hug, dass wir ganzheitlich eine Strategie hier im Rat zusammen entwickeln und dieser Anzug, nenn ich es, sollte nicht das Mittel sein, sondern es war mal eine Idee, es war mal ein Ballon und der ist sehr gut. Und eine Frage an die Fraktion GLP, warum sie den Anzug nicht unterstützt, weil zusammen wäre ja das gut zu machen. Also ich lade ein, auch die GLP, diesen Anzug zu überweisen.

Und eine ganz kleine Geschichte noch zum Boden. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gab es einen Bauernhof in Reinach. Der hatte 80'000 Franken gekostet mit ganz viel Land. Dann haben unsere Kolleg*innen vom Baselbiet diskutiert, ob sie das kaufen möchten und dann haben sie gesagt, nein, das ist uns zu teuer, sie haben 70'000 Franken bezahlen wollen. Und die cleveren Basel-Städter haben gesagt, also das ist ein super Geschäft, wir kaufen es für 80'000 Franken. Sie können das nachlesen, ich kann es noch bringen. Jetzt können Sie sich vorstellen, was dieses Land heute, der Park in Reinach, wert ist, über einen zweistelligen Millionenbetrag. Also das war ein super Geschäft für Basel-Stadt, es ist im Finanzvermögen, das kommt heute allen unseren Bürgerinnen und Bürgern zugute, weil sie weniger Steuern bezahlen, weil wir Erträge auf diesem Land haben, das wir im Baurecht abgegeben haben. Das ist eine ganz kleine Geschichte. Und ich möchte Sie nur erinnern, Christoph Merian hat das gleiche System mit dem Dreispitz zum Beispiel gemacht. Aus diesen Erträgen werden heute enorm viele Sozialaufgaben getätigt und ich sage Ihnen, meine Rechnung vom Wohnen, zwei Drittel sind die Kosten des Bodens und wenn der Staat etwas mit dem Boden macht, dann wird es gut.

Ich bitte Sie, diese Motion in einen Anzug umzuwandeln und den Anzug zu überweisen, damit wir ein gutes Resultat haben für Horburg und nachher können wir zusammen schauen, wie wir die Bodenpolitik zusammen entwickeln.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als weiterer Einzelsprecher hat sich René Brigger gemeldet.

René Brigger (SP): Die Bodenpolitik jetzt im Bereich Horburg hat mich doch kurz ans Rednerpult geholt. Ich danke Franz-Xaver Leonhardt auch für die historische Aufarbeitung und die zwei, drei Beispiele, CMS und es gibt diverse andere Beispiele. Basel-Stadt hat ja sehr viel Land erworben und wir profitieren noch davon. Die Bodenpolitik ist bei uns ja im Wandel und der gute Bernoulli würde sich im Grab umdrehen, wenn er das hören müsste, was Michael Hug gesagt hat. Eine Demokratisierung, Vergesellschaftung des Bodens zugunsten des Nutzers sei heute nicht mehr aktuell, weil es zwischenzeitlich bezüglich Raumplanungen, etc. andere Vorschriften gibt. Also das ist natürlich schon sehr bei den Haaren herbeigezogen. Und dann ist auch noch ein grosser Vorteil, wenn der Kanton das Areal übernimmt, der würde das idealerweise wahrscheinlich im Baurecht übergeben und wenn das ein gemeinnütziger Bauträger ist, wäre auch das Gegenargument von Daniel Seiler, das WRFG, der Wohnschutz nicht relevant.

Und die Strategie, die kann man schon ausarbeiten, wir haben diverse Elemente. Wir haben das Programm 1000+, die IBS hat natürlich im Finanzvermögen ca. 2'000 Wohnungen, wir haben viele Areale im Baurecht, das sind eigentliche Goldesel, und zwar mehrfache Goldesel. Erstens mal ist das Land im Eigentum, zum Teil schon länger, da kommen 100 Jahre Baurechtszinse, indiziert steigend und nach 100 Jahren kommt der Heimfall. Da wohnen Leute drin, die zahlen Steuern, die partizipieren und bei einem Baurechtsvertrag kann der Kanton dann auch, es muss kein Gemeinnütziger sein, aber kann



dann auch sagen, was er will. Also zum Beispiel bei Horburg, die Quartierverträglichkeit, etc. kann man da reinschreiben und das wäre eine Möglichkeit.

Der Anzug ist gut, ich meine, eine Kaufpflicht, ich bin auch nicht für Kauf, es ist immer ein Preisschild. Wobei in den letzten Jahren hat sich zum Glück der Bodenmarkt ein bisschen beruhigt, es ist eine gute Zeit, Boden zu kaufen. Und wenn wir wirklich langfristig planen wollen, müssten wir strategische Grundstücke als Kanton kaufen. Meines Erachtens das nicht unbedingt selber bebauen und verwalten, das hingegen an Baurechtsnehmerschaften abgeben, die das besser machen können, und der Kanton kann weiter steuern, hat sichere Einnahmen, hat in diverser Hinsicht auch die Bodenrente auf sicher, nicht nur den Baurechtszins, sondern hat dann auch die ständige Bodenpreiserhöhung. Es ist jetzt so eine Beruhigung da, aber in den nächsten Jahrzehnten ist klar, dass der Bodenpreis, der Boden ist ja nicht vermehrbar, etc., es ist ein Zwangskonsum vorhanden, wird steigen, von daher ist gerade ein Stadtkanton meines Erachtens verpflichtet, hier aktiv zu sein.

Und historisch, sage ich, wenn wir es vergleichen mit Zürich, Zürich hat da viel mehr gekauft, auch historisch. Das rote Basel im zweiten Weltkrieg und vorher war da etwas nachlässig. Die Zürcher haben da sehr viel Boden gekauft und das abgegeben, darum hat Zürich ja einen Anteil von nicht gewinnorientierten Wohnungen von gut 25 Prozent. Wir sind bei 12, 13 Prozent. Das gäbe eine riesige soziale Unruhe, wenn ich zu 25 Prozent einen vernünftigen Mietpreis habe. Gut, das Mietpreisniveau ist in Zürich viel höher, aber wir müssen das steuern können und steuern und planerisch wirtschaften können wir nur, wenn wir den Boden haben. Von daher, aber der Anzug ist an sich okay.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Zuerst wird mir vorgeworfen, wir würden die befristeten Stellen nicht auflösen und jetzt wird mir vorgeworfen, wir betreiben Planwirtschaft. Daniel Seiler, ob der Kanton dieses Areal kauft und dort etwas entwickeln will oder ein Privater, das kommt ziemlich aufs Gleiche. Daher hätten wir auch die gleichen Probleme. Herr Messerli hat es gesagt, ich glaube, es ginge Ihnen hier vielmehr darum, was macht man dort genau, was wollen Sie dort planen, das spielt keine Rolle, wer der Eigentümer ist. Der jetzige Eigentümer kann das auch an einen gemeinnützigen Wohnbauträger übergeben, hat die gleichen Möglichkeiten.

Was wir nicht können, ist völlig subventionieren. Wir haben keine rechtliche Grundlage, das zu kaufen und nachher quasi zu verschenken an eine Genossenschaft, wir haben die gleichen Bedingungen wie die Privaten. Daher stellt sich die Frage, wie sinnvoll das wäre und wenn es sinnvoll wäre, würde ich es auch nicht hier mit Ihnen diskutieren. Weil im Gegensatz zu Michael Hug, der mir immer noch nicht glaubt und immer noch das Gefühl hat, wir hätten da beim Clara-Areal irgendwie eine völlig illusorische Summe geboten und alle anderen ausgestochen, nein, das ist nicht so, das können wir auch nicht vom Gesetz her. Wir befinden uns immer in den marktüblichen Preisen.

Der Grund, warum ein Verkäufer uns etwas verkauft oder auch jemand anderem, sind häufig noch andere Bedingungen. Es ist der Preis, es ist die Frage, wie gut waren die Verhandlungen, wie sicher ist der Vertragspartner, manchmal sind es auch Nebenwünsche, die sie haben, also das können wir gerne mal diskutieren. Sie sind ja der Präsident der BRK, wir können dort das gerne einmal etwas ausführen. Und Ihren Gordischen Knoten, ich glaube, den müssen Sie woanders lösen, nicht mit dieser Motion, ich glaube, da wird er nicht aufgelöst.

Daher danke ich Ihnen, wenn Sie diese Motion heute nicht überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ein Antrag auf Überweisung als Motion wurde nicht gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend Umwandlung in einen Anzug

Damit behandeln wir dieses Geschäft als Anzug weiter und stimmen über die Überweisung ab. Der Regierungsrat und weitere Sprechende haben Nichtüberweisung beantragt.

Abstimmung

Ja heisst Überweisung als Anzug, Nein heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung



47 Ja, 46 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004601, 23.10.24 09:51:51]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Geschäft wurde als Anzug überwiesen mit 47 Ja-Stimmen gegen 46 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

24. Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Einführung von anonymisierten Bewerbungsverfahren in der Verwaltung Basel-Stadt, Schreiben des RR

[23.10.24 09:52:04, 19.5530.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Tanja Soland verzichtet auf ein Votum in der ersten Runde. Das Wort geht damit an die Fraktionssprecherin für die SP, Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Die Fraktion der SP bittet Sie, diesen Anzug stehen zu lassen. In diesem Vorstoss geht es darum, dass die Verwaltung ein Bewerbungsverfahren ausprobiert, bei dem die Bewerbenden ihren Namen und/oder ihr Geschlecht nicht nennen müssen und dadurch auch nicht nach diesen Kriterien ausgesucht werden können. Die Gefahr der positiven wie negativen Beeinflussung durch diese Kategorien könnte dadurch verhindert werden. Welche Kategorien genau anonymisiert werden sollten, ist aber als Vorschlag und demnach offen formuliert. Dass es gemäss Regierungsbeschluss keine eindeutigen Beweise gibt, dass anonymisierte Bewerbungsverfahren dazu führen, dass Angehörige von Minderheiten öfters eingeladen werden zu einem Bewerbungsprozess, kann und darf nicht der Grund sein, das nicht zu tun. Es ist nachweislich so, dass Menschen aufgrund ihres Geschlechtes, ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihres Nachnamens oder wegen weiteren Aspekten nicht die gleichen Chancen erhalten im Stellenbesetzungsverfahren wie Menschen, die sich ausserhalb von diesen Diskriminierungskategorien befinden.

Was offensichtlich immer noch nicht eindeutig wissenschaftlich belegt ist, ist aber eindeutig gelebte Realität. Fragen Sie doch Menschen mit Migrationshintergrund, der aus dem Namen ablesbar ist oder aus der Hautfarbe sichtbar ist, wie es ist. Ja, auch heute noch. Eine Wohnung zu finden, für ein Amt zu kandidieren oder sich für eine Stelle zu bewerben. Da kommen plötzlich Kriterien ins Spiel, die sonst nicht gefragt werden. Im Bericht wird aufgezählt, was die Verwaltung schon alles macht, vor allem für die Frauenförderung, aber auch für weitere Chancengleichheit und die Diversity. Das ist toll. Vielen Dank.

Das reicht aber nicht. Warum kann die wohlhabende Stadt Basel nicht mit gutem Beispiel vorangehen und ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren ausprobieren? Als Pilot? Ich weiss, so ein Modul gibt es nicht, dann machen wir doch eines, lassen Sie uns doch innovativ sein. Wenn wir das gut machen, dann können das nachher alle anderen Kantone bei uns anschauen und auch so machen. Das wäre doch toll und es kann sogar über die Landesgrenzen hinaus ein Signal sein.

Deshalb möchte ich Sie bitten und das hiermit auch beantragen, den Anzug wiederholt stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GAB): Wissen, dass es einen Unterschied macht, ob Lisa Gerber oder Amala Kumari sich für eine Stelle bewerben. Verschiedene Studien, darunter eine der Universität Neuenburg und eine der ETH Zürich, haben gezeigt, dass Personen mit Migrationshintergrund trotz identischer Qualifikation deutlich benachteiligt werden. So sinkt nämlich die Wahrscheinlichkeit, zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen zu werden, allein aufgrund des Namens um bis zu 40 Prozent. Ebenso zeigt die ETH-Studie, dass Bewerbende mit ausländischen Namen auf Schweizer Jobportalen bis zu fünf



Mal seltener kontaktiert werden. Ich finde, diese Ergebnisse verdeutlichen doch klar, dass hier ein struktureller Nachteil besteht.

Der Kanton Basel-Stadt kann mit einem Pilot zu anonymisierten Bewerbungsverfahren eine Vorbildrolle erfüllen und hat vielleicht auch die Möglichkeit, das zu testen, wonach andere Unternehmen oder kleinere diese Ressourcen nicht haben, und somit dazu beitragen, dass fairere und diskriminierungsfreiere Personalentscheidungen getroffen werden. Diese anonymisierten Bewerbungsverfahren können ein starkes Zeichen gegen diese unbewussten Vorteile und Diskriminierungen setzen und das hätte wohl sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor eine Signalwirkung.

Die Regierung verweist auf Studien, die die Wirksamkeit anonymisierter Bewerbungsverfahren nicht eindeutig belegen, weil es vor allem auch im zweiten Teil der Bewerbungsverfahren, also nach den Vorstellungsgesprächen, zu unbewusster Diskriminierung kommt. Aber ich glaube, wir wissen alle, wie wichtig es ist, einmal diese erste Hürde überspringen zu dürfen und in einem Vorstellungsgespräch ankommen zu können und sich da verkaufen zu dürfen. Ich glaube, wir hätten hier die Chance, das einmal zu testen und somit auch diese erste Hürde für die Personen zu nehmen.

Die Regierung argumentiert auch, dass die technische Umsetzung schwierig sei und anonymisierte Verfahren eben nicht immer dieses gewünschte Ergebnis erfüllen. Dennoch gibt es bereits zahlreiche positive Erfahrungen aus anderen Ländern und Institutionen. Als ich vor zehn Jahren in Kanada mein Praktikum bei einem staatlichen Betrieb machte und mein CV geschickt habe, dann haben sie mir den mit ganz vielen Ausrufezeichen zurückgeschickt. Nein, das geht so nicht, da steht ja viel zu viel drin, das muss alles raus, das muss alles raus, es geht nur darum, was du für einen Schulabschluss gemacht hast und so. Es war sehr spannend für mich, ich musste den ganzen CV nochmal komplett überarbeiten, weil das da einfach schon seit zehn Jahren Standard ist.

Ich glaube, es ist wichtig, dass wir uns bewusst sind, dass diese Anonymität in dieser ersten Bewerbung keine vollständige Lösung für das Problem ist. Wir dürfen uns nichts vormachen, unsere Diskriminierungsmuster sind tief in unserer aller Gedanken verwurzelt und auch mit einem anonymisierten Bewerbungsverfahren müssen wir weiter daran arbeiten, diese Muster zu erkennen und aufzubrechen. Aber ich glaube, wichtig ist es, dass diese Vorurteile in späteren Phasen des Bewerbungsprozesses wie auch dann bei einer Anstellung weiterhin reflektiert und hinterfragt werden.

Die Fraktion GAB sieht in diesen anonymisierten Bewerbungsverfahren also ein wichtiges Instrument, um unbewusste Diskriminierung zu reduzieren und Chancengleichheit zu fördern. Wir bitten Sie, den Anzug von Michela Seggiani nicht abzuschreiben, sondern stehen zu lassen und das anonymisierte Bewerbungsverfahren als Pilotprojekt zu testen und auf seine Wirksamkeit zu prüfen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SVP spricht Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Falls für die Arbeitsleistung unwürdige Faktoren wie Aussehen, Ethnie, Geschlecht, Namen, Alter, usw. einen Einfluss haben sollten darauf, wen der Kanton anstellt, dann ist das ein Arbeitgeberproblem und diesem Arbeitgeberproblem ist in der Tat mit Nulltoleranz zu begegnen. Die Regierung schreibt nachvollziehbarerweise in ihrem Bericht, dass sie diese Nulltoleranz auch einsetzt. (Ja, hoffentlich auch). Ich bin überzeugt, dass der Kanton als verantwortungsbewusster Arbeitgeber diese Nulltoleranz auch durchzieht und überall anwendet. Dass der Kanton, dass die Anstellenden des Kantons die Besten wählen, in Zeiten des Fachkräftemangels ohnehin.

Falls jetzt im Kanton trotz dieser Nulltoleranz aus unwürdigen Gründen die Falschen angestellt werden sollten, dann ist das ein Arbeitgeberproblem, das arbeitgeberseitig zu lösen ist und nicht arbeitnehmerseitig. Sei es durch Fortbildung im Minimum, sei es disziplinarisches Maximum. Es soll nicht auf der Arbeitnehmerseite gelöst werden, indem man verlangt, dass der Arbeitnehmer seine Identität verschleiern muss. Wenn also dieser Anzug etwas bekämpft, dann nicht, dass der Kanton nach falschen Kriterien anstellt, sondern die Selbstverständlichkeit einer diversen Gesellschaft.

In diesem Sinne bitte ich Sie, diesen Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Daniel Seiler gemeldet.

Daniel Seiler (FDP): Ich habe da irgendwie wieder falsch gedrückt heute Morgen, aber ich spreche schon für meine Partei. Es gibt eigentlich nicht mehr viel anzufügen, was der Kollege vorhin schon gesagt hat, vor allem im heutigen Kontext vom Fachkräftemangel. Jeder, der sich mit dieser Thematik doch beschäftigt und Leute anstellt, weiss doch ganz genau, dass er heute diese Dossiers sehr sorgfältig und mit gewisser Toleranz und mit all dem, was damit zusammenhängt, anschauen muss. Wir brauchen da wirklich jetzt nicht noch eine zusätzliche Lösung, vor allem auch, wenn alle sagen, es funktioniert so nicht, SAP funktioniert nicht, die Regierung sagt, wir brauchen das nicht, wir haben schon genug, sollen wir jetzt wieder eine einzelne Lösung hier in Basel machen. Ich glaube, wir brauchen das wirklich nicht.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort an Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich glaube schon, dass wir Vorteile haben und dass sich diese auch auswirken in einem Rekrutierungsprozess. Ich glaube, das kann man nicht ganz wegreden. Und klar haben wir eine Nulltoleranz bei der Frage um die Diskriminierung, aber selbstverständlich hat man es in der Hand, wenn man die Namen sieht oder das Aussehen, ja, das ist so, ich glaube, da führt irgendwie aus meiner Sicht kein Weg daran vorbei und es wäre falsch, das zu leugnen.

Aber ich glaube, wir sind hier auf einem falschen Weg. Ich versuche sogar umgekehrt mir immer die Frauen herauszusuchen. Ich mache das sehr bewusst, ich schaue, wer hat einen speziellen CV, das könnte ich dann nicht mehr machen, das wäre dann schwierig. Ich habe beim Bankrat eine Frauenmehrheit, das war mir nicht mal bewusst. Ich habe die erste Direktorin einer Gebäudeversicherung besetzt, das war mir auch nicht bewusst, das sind alles Männer. Aber ich sage Ihnen, wo der schlimmste Punkt ist und das, finde ich, ist im Gespräch. Und ich weiss nicht, ich finde es sympathisch, wenn jemand kommt und ehrlich und offen ist und das sind häufig die Frauen, die stellen ihr Licht etwa zehn Prozent unter den Schemmel, bei den Männern ist das eher 10 Prozent höher. Das wirkt gut, die können alles. Ich habe viele Männer im Bewerbungsgespräch, die können alles ohne Probleme und die Frauen, ja, da habe ich Mühe und da. Ich finde das gut, ich lege darauf Wert, aber ich glaube, dass es ein Nachteil ist und dieser Nachteil werden Sie mit keinem anonymisierten Bewerbungsverfahren ausgleichen können. Daher bin ich grundsätzlich skeptisch.

Und dann bin ich jetzt ganz ehrlich zu Ihnen. Sie können den Anzug stehen lassen, ich werde es nicht machen. Wenn Sie wollen, dass wir so viel mehr Geld ausgeben, dann müssen Sie eine Motion machen. Das wäre jetzt ein typischer Fall für eine Motion. Wenn Sie mich zwingen wollen, mehr Geld auszugeben mit wenig Erfolg, machen Sie eine Motion. Aber wenn Sie den jetzt stehen lassen, es tut mir leid, wir haben es abgeklärt, wir ergreifen andere Massnahmen. Das Tool wird angeschafft, wir warten ja schon lange darauf, dass wir hier vorwärtskommen. Da reicht jetzt der Anzug nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen gemäss Antrag Michela Seggiani

Ergebnis der Abstimmung

39 Ja, 52 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004603, 23.10.24 10:05:49]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird stehen gelassen gemäss Antrag Michela Seggiani mit 52 Nein-Stimmen gegen 39 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

25. Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend Angebot sicherstellen und Qualitätssicherung für Seelsorge in Gefängnissen, Spitälern und Asylunterkünften für Angehörige nicht anerkannter Religionen, Schreiben des RR

[23.10.24 10:06:03, 19.5090.03]



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Wünschen Sie das Wort, Tanja Soland? Sie haben es.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Das ist ein eher schwieriges Geschäft, wir haben das lange diskutiert. Sie sehen auch, wir haben nachher eine Studie gemacht. Dass wir die Seelsorge in Gefängnissen, Spitälern ausweiten, dass wir dort besser werden, das war keine Diskussion. Das werden wir machen, das sehen Sie auch. Wir werden auch den alten Vertrag, wir werden jetzt da richtige Staatsbeiträge machen, das werden wir einführen.

Was wirklich schwierig ist, ist die Frage, was wir machen für Angehörige nicht anerkannter Religionen. Und ich muss Ihnen sagen, wir haben ein Anknüpfungspunkt gesucht und ich glaube, was wirklich toll ist, wir haben hier die kleine Anerkennung im Kanton Basel-Stadt, ein Verfahren, wo jede Gemeinschaft ein Antrag stellen kann und dann erhält sie die kleine Anerkennung. Und das erscheint mir wirklich ein guter Anknüpfungspunkt. Wenn wir das gemacht haben, wenn wir eine gewisse Transparenz geschafft haben, das Finanzdepartement führt dann Gespräche, wir sehen die Rechnung, wir können die Statuten auch genehmigen, also das führt zu einer gewissen Transparenz und da macht es auch Sinn, dass diese Religionen auch einen Staatsbeitrag mit uns machen können. Das sind jetzt schon einige, für die das möglich wäre.

Aber ohne das, und wir reden jetzt vor allem von den muslimischen Gemeinschaften, dass der Kanton einen Imam beschäftigt, also ich muss Ihnen sagen, wenn Sie das von mir verlangen, ich sehe das nicht. Wer kontrolliert das, wer hat einen Einblick, wir können das nicht. Und dass eine andere Gemeinschaft das macht, wenn sie bereit ist, können wir gerne darüber reden, ich glaube das nicht. Und dass die Moslems die Möglichkeit haben, auch welche Gemeinschaft auch immer, auch die kleine Anerkennung zu verlangen, das scheint mir auch sinnvoll. Ich kenne das Problem, wir alle kennen das Problem in den Gefängnissen, den Spitälern, dass es dort sinnvoll wäre, Imame zu haben, die aber auch einer gewissen Kontrolle unterstehen. Wir können nicht einfach irgendjemanden, der im luftleeren Raum ist, ich glaube, das geht einfach nicht und wir als Staat können das nicht selbst machen. Daher sind wir, und ich finde es einen guten Weg, jetzt daran, die Gespräche zu führen, die Staatsbeiträge mit den Gemeinschaften. Da können auch die Aleviten kommen, alle, die die kleine Anerkennung haben.

Ich finde, das ist sinnvoll, ich habe keinen Anknüpfungspunkt gefunden und ich bin nicht bereit, diese Verantwortung zu tragen. Ich glaube, das können wir auch nicht als Staat, das muss eine Organisation machen, die dafür einstehen kann. Ich glaube, das macht dann auch wirklich Sinn und soweit ich jetzt höre, ist das wirklich auch in Diskussion. Das würde mich dann sehr freuen, wenn wir dann so ein Gesuch erhalten würden, dann könnten wir das anschauen.

Daher bitte ich Sie, den Anzug abzuschreiben, wobei ich sagen muss, dass wir das jetzt bereits schon angefangen haben mit den Staatsbeiträgen. Die werden dann je nach Betrag auch in den Grossen Rat kommen und dass wir dort die Ausweitung haben auch bei den Spitälern, auch bei den Privaten, ich glaube, das wird jetzt auch dank dieses Anzugs auf eine bessere Grundlage gestellt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Raffaella Hanauer.

Raffaella Hanauer (GAB): Der Auftrag des Anzugs zur Sicherstellung und Qualitätssicherung von Seelsorge in Gefängnissen, Spitälern und Asylunterkünften für Angehörige nicht anerkannter Religionen ist in unseren Augen noch nicht abschliessend erfüllt und wir beantragen daher Stehenlassen.

Die in Auftrag gegebene Studie finden wir sehr spannend, auch sehr aufschlussreich, gut durchgeführt und wir sehen den darin erkannten Handlungsbedarf noch nicht ausreichend angegangen. Es gibt beispielsweise einen ungedeckten Bedarf in Gefängnissen. Die Gefängnis-Seelsorge deckt derzeit nicht den gesamten Bedarf ab. Eine Ausweitung der Seelsorge dort auf nicht anerkannte Religionsgemeinschaften wird empfohlen. Die Studie hebt auch hervor, dass eine bessere sprachliche Abdeckung notwendig ist, um den Bedürfnissen von Gefangenen, aber auch von Patient*innen gerecht zu werden und auch dort sind die sprachlichen Verfügbarkeiten nicht ausreichend auf das Klientel abgestimmt. Es wird auch empfohlen, das bestehende Seelsorgeangebot stärker auf interreligiöse Aspekte zu fokussieren. Auch da gibt es noch weitere Potenziale. Die Studie schlägt auch strukturelle Qualitätssicherungen vor, die in anderer Weise vielleicht umgesetzt werden könnten und auch in Asylunterkünften gibt es nach wie vor einen grossen Handlungsbedarf.

Wir finden, man könnte durchaus einiges verbessern. Wir sehen auch, wir anerkennen, dass gewisse Sachen gemacht wurden, aber wir sehen höheres Potenzial und einen grossen Bedarf und wir finden, die Studie hat wirklich gute Anhaltspunkte gegeben, wo man handeln könnte, und daher beantragen wir Stehenlassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Barbara Heer.



Barbara Heer (SP): Ich bedanke mich zuerst auch bei Regierungsrätin Tanja Soland für die doch ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Anliegen, dieser Bedarfsanalyse, die durchgeführt wurde. Das ist aufwendig und zeigt aber wirklich auch sehr eindrücklich die Lücken auf und wie gewisser Bedarf im Bereich der Seelsorge, auch gerade im Bereich der nicht-christlichen Seelsorge im Kanton heute nicht abgedeckt ist. Ich beantrage Ihnen aber ebenfalls, stehen zu lassen. Das Anliegen ist bei weitem noch nicht umgesetzt und wir würden sehr gerne in zwei Jahren hier einfach in dieser Gesamtschau hören, wie das jetzt weitergegangen ist, wie diese Verhandlungen für die neuen Staatsbeiträge wirklich dazu beitragen, diesen Bedarf auch tatsächlich abzudecken.

Da haben wir nämlich grössere Bedenken, der Weg, den die Regierung hier einschlägt, ist sehr stark in den bestehenden Strukturen, also wie der Kanton im Moment strukturell die Religionsvielfalt angeht, und da möchten wir wirklich eine Justierung. Die kleine Anerkennung ist natürlich sehr wichtig, das zeichnet den Kanton Basel-Stadt in dem Sinne aus, dass wir das machen, aber es ist ein Stück weit auch unrealistisch bei der grossen Religionsvielfalt und bei den verschiedenen Organisationsformen zu sagen, Seelsorge können diese erst durch Staatsgelder finanziert leisten, wenn sie den Weg der kleinen Anerkennung gegangen sind. Die Religionsvielfalt entspricht nicht diesen heute staatlichen Strukturen und es hat dann auch ein bisschen den Touch, als würde man dann die Seelsorge so ein bisschen auch als Steuerungsinstrument nutzen im Sinne von, wenn ihr Seelsorge möchtet, müsst ihr euch zuerst anerkennen lassen.

Die Frage ist hier ganz grundsätzlich, müssen sich die Organisationen den staatlichen Strukturen anpassen oder müssen nicht die staatlichen Strukturen hier so stimmen, dass die gesellschaftlichen Bedürfnisse tatsächlich abgedeckt sind. Ganz konkret heisst das aus unserer Sicht, dass bei diesen Verhandlungen mit den öffentlich-rechtlichen anerkannten Gemeinschaften entweder in diesen Beiträgen, diese so formuliert sind, dass wirklich der Bedarf grundsätzlich abgedeckt sein kann. Also dass nicht in den Verträgen einfach steht, sie müssen den Bedarf halt zum Beispiel bei der katholischen Bevölkerung abdecken, sondern dass die Öffentlich-rechtlichen Konzepte darlegen müssen, die systematisch aufzeigen, dass auch die Bedürfnisse zum Beispiel von muslimischen Gefangenen in den Gefängnissen, die arabisch sprechen, wirklich auch professionell abgedeckt sind. Und ja, aus meiner Sicht gehört es auch dazu, dass wenn Öffentlich-rechtliche das machen würden, sie dann zum Beispiel auch muslimische Seelsorgende anstellen würden.

Die zweite Option, die ich sehe, und das ist eigentlich auch das, was dieser Anzug fordert, ist, dass eine neue professionelle Dachstruktur geschaffen wird, die eigentlich nicht mehr gebunden ist an die Religionsgemeinschaften, sondern die eine Leitung hat zusammengesetzt aus verschiedenen Professionen der Seelsorge. Die klassische ist natürlich die Theologie, es gibt aber auch immer mehr Weiterbildungen auch in der muslimischen Seelsorge, also wir haben hier professionelle Standards. Es ist wirklich möglich, dass so ein Vorstand von einer Dachorganisation nachher Qualitätssicherungsstandards gemeinsam definieren kann, die stimmen für verschiedene Religionsgemeinschaften und dann diese Dachorganisation genau diese Verantwortung dann professionell übernehmen kann.

Ich sehe den Punkt, dass es nicht Aufgabe vom Staat ist, hier diese fachliche Verantwortung für die Seelsorge zu übernehmen, aber ich sehe nicht den Punkt, dass es eben nur anerkannte Religionsgemeinschaften sein sollen, sondern es gibt wirklich diese Entwicklung in der Seelsorge hin zu einer interreligiösen oder überreligiösen Seelsorge, wo es klare professionelle Standards gibt und auch eine professionelle Dachorganisation denkbar ist. Mein Appell ist, wenn jetzt solche Dynamiken unter den Religionsgemeinschaften entstehen, dass sie Vorschläge beginnen zu machen, sich zusammenzuschliessen, dass die Regierung hier sehr offen ist gegenüber diesen Formen und zum Beispiel dann auch bereit wäre zu sagen, wir schliessen dann auch mit so einer Dachorganisation einen Staatsbeitrag ab und nicht nur mit den Öffentlich-rechtlichen.

Hier möchte ich auch noch kurz sagen, der Anzug löst immer auch gewisse Ängste aus, das ist klar. Um es einfach nochmal zu sagen, es geht nicht darum zu sagen, dass die christliche Seelsorge, wie sie heute geleistet ist, dass diese nicht gut ist, das ist ein sehr gutes Angebot. Das zeigt die Bedarfsanalyse auch, ein grosser Teil vom Bedarf kann abgedeckt werden und so ist es auch richtig und wichtig, dass diese Verträge mit den öffentlich-rechtlichen Kirchen angepasst und aktualisiert werden.

Ich denke, das war es von meiner Sicht, deshalb beantrage ich Ihnen Stehenlassen und bedanke mich auch, dass die Regierung das Anliegen weiter ernst nimmt und ermutigt, das Stehenlassen des Anzuges zu nutzen und dann mit einer Gesamtschau zu berichten und wirklich aufzuzeigen, wie jetzt neue Verträge diesen Bedarf, der klar nachgewiesen ist, jetzt auch gedeckt werden kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Mitte/EVP spricht Thomas Widmer-Huber.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Die Seelsorge in den öffentlichen Spitälern und Gefängnissen ist gut etabliert. Die vier öffentlich-rechtlich anerkannten Religionsgemeinschaften bieten Gespräche und geistliche Begleitung an und dieses Angebot besteht nicht nur für die Angehörigen der jeweiligen Konfession. Wie ich von verschiedenen Seiten gehört habe, nehmen darüber hinaus auch Angehörige von anderen Religionsgemeinschaften das Gesprächsangebot wahr. Die Seelsorgerin oder



der Seelsorger hat zuerst einmal ein offenes Ohr und steht Menschen zur Seite unabhängig von der Religion oder Konfession. Das erlebe ich auch persönlich als Seelsorger in der psychiatrischen Klinik Sonnenhalde, dem Privatspital in Riehen, und bei Bedarf ziehe auch ich Seelsorgerinnen und Seelsorger anderer Sprachen, Konfessionen oder Religionsgemeinschaften bei.

Ich begrüsse es, dass die Seelsorge künftig nicht nur in den öffentlichen Spitälern mitfinanziert wird, sondern neu auch in Privatspitälern. Es ist endlich Zeit für eine Gleichbehandlung. Es geht wie bei den öffentlichen Spitälern um einen Beitrag an die Seelsorgetätigkeit der öffentlich-rechtlich anerkannten Religionsgemeinschaften, den anderen Teil übernehmen die Religionsgemeinschaften wie bisher. Es wird nur ein Teil jetzt vom Kanton mitfinanziert. Es stellt sich schon die Frage, was Ihnen jetzt auch Barbara Heer ausgeführt hat oder auch von anderer Seite gehört wurde, was macht Sinn. Mir leuchtet das ein, was Tanja Soland eben auch gesagt hat, dass der Kanton jetzt einen Imam finanziell unterstützt, kann ich mir ebenfalls nicht vorstellen. Wir haben einen Weg über die kleine Anerkennung, die Religionsgemeinschaften können eine kleine Anerkennung beantragen und sich um finanzielle Unterstützung bewerben.

Ich bitte Sie, diesen Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die FDP spricht David Jenny.

David Jenny (FDP): Wir haben auf dem «Chrüzlistich» Stehenlassen. Nach gründlicher Anhörung von Frau Regierungsrätin Tanja Soland habe ich mich zumindest persönlich entschieden, auch hier abzuschreiben. Ich glaube, das Thema wird ernst genommen im Finanzdepartement als Kirchendepartement und daher glaube ich, wäre das Stehenlassen jetzt wirklich eine unnötige Beübung der Frau Kirchendirektorin. Sie hat heute ja schon so viel Unbill erfahren durch die Überweisung ungeliebter Anzüge, daher schlägt mein Herz heute nicht für meine Kommissionspräsidentin, sondern die Kirchendirektorin und ich bitte Sie, abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort nochmals an Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich bin nicht überzeugt, dass die Mitglieder des Grossen Rates Herr David Jenny folgen werden. Ich habe aber Raffaella Hanauer verstanden, dass wenn der Anzug stehen gelassen wird, es ist klar, Sie haben die Staatsbeiträge nicht gesehen, viele Themen werden dort in den Verträgen noch ausgeführt selbstverständlich. Das ist so, das wird jetzt ein Thema werden, das ist mir auch sehr wichtig, ich habe einen sehr guten Kontakt mit den diversen Kirchen und anderen Gemeinschaften, aber ich bin auch klar der Meinung, ja, die Religionsgemeinschaften haben sich dem Staat anzupassen. Da muss ich Ihnen sagen, nein, wir sind, glaube ich, nicht mehr in der Zeit, wo die Religionsgemeinschaften über dem Staat stehen. Wir haben eine gute Verzahnung, aber ja, da müssen sie sich halt ein wenig anpassen. Das haben bisher auch sehr viele geschafft, sehr gut und ich glaube, diese Zusammenarbeit ist wichtig. Und die kleine Anerkennung ist also eine wirklich kleine Hürde und sie steht für Transparenz und Zusammenarbeit und ich glaube, das kann man jeder Gemeinschaft zumuten.

Daher, wenn Sie jetzt nicht Herr David Jenny, seinem sehr guten Votum folgen und trotzdem stehen lassen wollen, nehme ich das so mit, dass wir das dann auch wieder diskutieren, wenn die Verträge vorliegen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen gemäss Antrag Raffaella Hanauer

Ergebnis der Abstimmung

41 Ja, 52 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004606, 23.10.24 10:24:29]

Der Grosse Rat beschliesst



den Anzug stehen zu lassen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben 52 Nein-Stimmen gegen 41 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung. Damit wird der Anzug stehen gelassen.

26. Anzug Laurin Hoppler und Konsorten betreffend Entlastung bei amtlichen Gebühren für Registereinzüge und offizielle Dokumente, Schreiben des RR

[23.10.24 10:24:40, 22.5088.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Tanja Soland verzichtet auf ein Votum. Es hat sich Christine Keller als Einzelsprecherin gemeldet.

Christine Keller (SP): Namens der Fraktion auch möchte ich Sie doch bitten, diesen Anzug stehen zu lassen. Die Antwort ist recht kurz. Es wird meiner Meinung nach auf das eigentliche Anliegen, Menschen in besonderen Situationen wie etwa auf Stellensuche, auf Wohnungssuche oder eben junge Menschen in Ausbildung, die wirklich viele dieser Auszüge innert kurzer Zeit immer wieder aktualisiert nachfordern müssen, unter Umständen gezielt zu entlasten. Hier wäre zum Beispiel wirklich denkbar die Lösung einer Kontingentierung, die nicht zu grossem Aufwand führen würde. Dass man nicht Bedingungen mit zu erfüllenden Einkommensgrenzen, usw. für jede einzelne Gebühr einführen will, leuchtet mir ja ein, aber eine Kontingentierung könnte eine praktikable Sache sein, ein Mengenrabatt oder eine Anzahl von solchen Auszügen, die noch kostenlos ausgestellt werden könnte. Es wird auf das Erlassgesuch hingewiesen, aber auch das verursacht ja einigen Aufwand.

Der Regierungsrat äussert ja selbst, dass er an sich Verständnis für das Anliegen hat, ich meine, es hätte es verdient, dass man es nochmals etwas gründlicher prüft und bitte Sie daher, den Anzug von Laurin Hoppler stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der genannte ist der nächste Einzelsprecher, Laurin Hoppler.

Laurin Hoppler (GAB): Ich bin ein bisschen enttäuscht über die Antwort des Regierungsrats auf meinen Anzug. Ich finde, das Grundanliegen, junge Menschen zu entlasten, ist nicht wirklich angegangen worden. Es wird zwar gesagt, dass man das Problem anerkennt, aber wirklich vertieft finde ich oder lese ich aus der Antwort nicht wirklich eine Befassung damit. Ich denke, ich muss nicht mehr viel dazu sagen, ich habe schon bei der letzten Behandlung das Problem erklärt. Das Problem ist und bleibt so.

Ich möchte vielleicht noch kurz auf den Punkt, den ich eigentlich noch wichtig finde, eingehen, was die Digitalisierung angeht. Die Regierung verweist auf den Digitalisierungsprozess und ich erhoffe mir daraus eigentlich, dass sich die Situation dadurch verbessert. Ich erhoffe auch, dass sich die Kosten minimieren bzw. dass auch vielleicht die Kosten sogar ganz abgeschafft werden, gerade weil es durch die Digitalisierung vermutlich automatisierte Prozesse sein werden. Ich möchte einfach nochmal sagen, dass diese Gebühren, auch wenn sie als moderat eingeschätzt werden, selbst moderate Gebühren sind für junge Menschen eine zusätzliche Hürde und Belastung und auch für Menschen mit weniger Mittel.

Zusammengefasst bleibt mir wirklich der Eindruck, dass die Bedürfnisse der jungen Menschen da nicht ganz ausreichend berücksichtigt wurden und das finde ich schade. Ich bin froh, dass die SP und die SVP das auch so sieht und deshalb beantrage ich Ihnen hier, diesen Anzug nochmals stehen zu lassen und dass sich die Regierung diesbezüglich nochmals damit befasst und auch wirklich im Zusammenhang mit der Digitalisierung diesen Anzug nochmals anschaut.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort hat für den Regierungsrat Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich glaube nicht, dass wir über die Gebühren Sozialpolitik machen können und wenn Sie uns vorwerfen, wir hätten kein Gehör für junge Menschen oder Menschen, die nicht viel Geld haben, dann weise ich das



zurück. Wir machen das an anderer Stelle. Ich glaube, Sie haben auch ein verbilligtes U-Abo für mehrere Millionen gesprochen für junge Menschen, es gibt Möglichkeiten, Stipendien zu beziehen, x Möglichkeiten im sozialen Basel. Ich glaube, dort ist der richtige Ansatz. Über die Gebühren, ein Massengeschäft, wo alle über den gleichen Kamm geschoren werden, ist es einfach vollkommen unverhältnismässig, einen Teil, eine Gruppe auszunehmen. Dann schafft man es ehrlich gesagt lieber ab, weil der Aufwand wahrscheinlich um ein Vielfaches höher ist. Wir verlangen eine gewisse Gebühr, das hat auch einen Sinn, dass man einfach vielleicht etwas aufpasst, wie man mit den Dokumenten umgeht, dass man vielleicht das auch nicht trölerisch verlangt, usw. Die Gebühr ist ja meistens tief und wir versuchen über die Digitalisierung das günstiger zu machen. Das ist wirklich ein Anliegen.

Daher bitte ich Sie, ich bin heute nicht so erfolgreich, ich weiss, es ist irgendwie nicht mein Tag, ich bitte Sie trotzdem, es abzuschreiben. Und es tut mir leid, Laurin Hoppler, wir haben wirklich ein Ohr für junge Menschen, aber hier wäre der Aufwand einfach unverhältnismässig. Ich versuche es jetzt nochmal, daher bitte ich Sie abzuschreiben, vielleicht auch die SVP, die ja nicht gerne ein Stellenwachstum möchte im Kanton, sonst brauchen wir wieder zehn Stellen, die dann das überprüfen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen gemäss Antrag Christine Keller.

Ergebnis der Abstimmung

41 Ja, 48 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004608, 23.10.24 10:32:17]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch dieser Anzug wird stehen gelassen mit 48 Nein-Stimmen gegen 41 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

27. Motion Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Rückvergütungen von kantonalen Überschüssen an die steuerzahlenden Privatpersonen, Stellungnahme des RR

[23.10.24 10:32:25, 24.5056.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Tanja Soland verzichtet auf ein Votum. Damit sind wir bei den Fraktionsvoten und Niggi Daniel Rechsteiner macht den Anfang für die GLP.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Aufgrund der hohen Überschüsse der Staatskasse in den vergangenen Jahren sind verschiedene Bestrebungen im Gange, um das Gleichgewicht zu optimieren. Dies ist durchaus legitim, wenn die tatsächlichen Überschüsse dem zehnfachen derer im Budget entsprechen. Auch die Regierung scheint die Rückvergütung von kantonalen Überschüssen an steuerzahlende Personen als vielversprechenden Ansatz zu erachten, insbesondere da dies für die Bürger*innen einen spürbaren Effekt hat. Es ist auch erfreulich, dass der Regierungsrat den Vorschlag der Motion vertieft prüfen möchte und dabei auch andere Vorstösse im Kontext miteinbezieht. Somit ist die weitere Behandlung des Anliegens gewährleistet.



Die vorliegende Motion ist ausgewogen und verlangt Ausschüttungen bzw. Rückvergütungen unter klar definierten Vorgaben und insbesondere nur dann, wenn auch der Schuldenabbau gesichert ist. Dies ist grundsätzlich ein sinnvolles Anliegen, da es schwierig zu vertreten wäre, dass hohe Überschüsse erreicht werden und dabei die Steuerbelastung zum Beispiel beim Mittelstand nach wie vor hoch ist. Wie bei der Erstüberweisung wollen wir darauf hinweisen, dass der Schuldenabbau ebenso zentral ist wie eine Rückvergütung und in diesem Sinne aber ein höherer Sockelbeitrag für den Abbau der Bruttoschulden geprüft und auch eine Lösung für juristische Personen geprüft werden soll.

Unseres Erachtens ist die vom Regierungsrat genannte konservative Ausgestaltung der Motion ein positiver Aspekt. Der zeigt, dass mögliche Massnahmen in einem nachhaltigen Kontext gefordert werden. Die Bedingungen sollen geprüft werden, sind aber im Motionstext schon genügend definiert. Diese können selbstverständlich noch weiter überprüft und weiter differenziert werden. Hierbei sei noch darauf hingewiesen, dass die Rückzahlungen jeweils nicht durch einen Grossratsbeschluss legitimiert werden sollen, sondern automatisch umgesetzt werden.

Der Regierungsrat empfiehlt die Überweisung als Anzug, um die Fragestellungen gründlich zu erörtern und eine ausgewogene Lösung zu erarbeiten. Er möchte alle Optionen prüfen und keine Möglichkeit ausschliessen. Diese Gründe sind nachvollziehbar, aber die GLP-Fraktion ist der Ansicht, dass dies auch mit der Überweisung als Motion gewährleistet werden kann. Aus diesem Grund empfehlen wir die Überweisungen als Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Wie Sie dem «Chrüzlistich» entnehmen können, lehnen wir als Grün-Alternatives Bündnis auch die Zweitüberweisung des Vorstosses von Christian Moesch ab. Bei der Eventualabstimmung zwischen Motion oder Anzug, und ich habe eigentlich gerne Motionen, das kann ich Ihnen sagen, entscheiden wir uns logischerweise für eine Überweisung als Anzug. Denn die Regierung zeigt klar auf, dass ein Anzug die bessere Variante wäre, um diverse Fragestellungen vertiefter zu prüfen und vor allem auf die verschiedenen Optionen und Begehren, die jetzt auch schon bestehen, besser aufeinander abzustimmen.

Die Regierung hätte aus unserer Sicht viel deutlicher zum Ausdruck bringen müssen, dass eine solche Rückvergütung von Überschüssen die zukünftigen Steuereinnahmen des Kantons stark reduzieren wird und somit sich negativ auf die Bereitstellung von sozialer Infrastruktur in der nahen Zukunft auswirken wird. Dies wird mit kaum oder mit keinem Wort erwähnt, als ob eine Rückvergütung sozusagen kostenneutral zu haben wäre.

Wahrscheinlich nützt es nichts, aber falls es helfen würde, den Vorstoss als Anzug zu überweisen, bin ich überzeugt, dass auch unsere Fraktion grossmehrheitlich einem Anzug trotz grundsätzlicher Vorbehalte schlussendlich zustimmen würde. Ein solcher Kompromiss würde einem überlegten Vorgehen bei der Gestaltung und der Verwendung von Steuereinnahmen dienen. Dies sollte ja schliesslich auch im Sinne von der bürgerlichen Seite des Parlaments sein.

Unsere grundsätzliche Kritik an der Rückvergütung von finanziellen Überschüssen an die steuerzahlenden Privatpersonen haben wir bereits bei der Erstbehandlung zum Ausdruck. Ich verzichte darauf, nochmals alle Argumente von damals zu wiederholen. Unsere Hauptkritik aber, dass bei der Umsetzung dieser Motion nur diejenigen Menschen dieser Stadt profitieren, welche in der Lage sind, Steuern zu bezahlen, besteht für uns aber weiterhin und genau diesen Punkt finden wir aus einer Gesamtperspektive von mehr Gleichheit in einer Gesellschaft schwierig.

Grundsätzlich können wir das Anliegen des Motionärs nachvollziehen und es ist ihm anzurechnen, dass er gewisse regulierende Bestimmungen eingebaut hat und somit nicht als plumpe Steuersenkungsmotion daherkommt. Aber Fakt bleibt, in den kommenden Jahren kommen riesige gesellschaftliche Aufgaben auf uns alle zu und diese Aufgaben müssen mit Massnahmen eingeleitet werden und diese, meine Damen und Herren, sind nicht gratis zu haben. Wir werden jährlich höhere Millionenbeträge für den Klimaschutz-Aktionsplan, für die Umsetzung der Pflegeinitiative und für die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung, für den Aufbau der notwendigen Infrastruktur in der Bildung, in der sozialen Sicherheit und für das kulturelle Angebot benötigen. Also weshalb sollen wir diese erzielten Überschüsse nicht für die Zukunft verwenden. Denn wenn wir ein solches Vorgehen wählen würden, profitiert die gesamte Bevölkerung, unabhängig, ob die Einzelperson wirtschaftlich in der Lage ist, Steuern zu bezahlen oder nicht. Diese Art von Umverteilung leistet einen wichtigen Beitrag, damit etwas mehr Gerechtigkeit in einer Gesellschaft entstehen kann, die von Jahr zu Jahr ungleicher wird und dies führt auch zu Problemen in einer Demokratie.

Ich frage Sie, geschätzte Grossräte und Grossrätinnen, was ist falsch an einer solchen Vorgehensweise? Keine Einzelperson oder keine Gruppe, die ein Unternehmen oder eine soziale Organisation leitet und über 12 Monate hinausdenken kann und sich verantwortlich für die Zukunft des Unternehmens oder Organisation sieht, käme auf die Idee, den Gewinn einfach wieder zurück zu verteilen, ohne auf die notwendigen Investitionen der Zukunft zu achten.

Ich bitte Sie im Namen des GAB, die Motion nicht zu überweisen bzw. die Motion zumindest als Anzug zu überweisen. Ich beantrage trotzdem, nicht überweisen.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Nicole Amacher.

Nicole Amacher (SP): Wir von der SP-Fraktion, wir werden die Motion nicht als Motion überweisen. Das haben wir schon bei der Erstüberweisung gesagt, dass wir bei einer Zweitüberweisung maximal als Anzug überweisen werden. Aber es sieht ja so aus, als ob es als Motion überwiesen würde, was ich schade finde, vielleicht kann ich und nachher vielleicht auch noch Regierungsrätin Tanja Soland noch einige Leute überzeugen, wie sich ja Herr Jenny heute schon mal überzeugen liess, der Regierung zu folgen.

Sollten wir in Zukunft wieder in die Lage kommen, dass Überschüsse da sind, die dann rückvergütet werden sollen, was künftig eher ein bisschen unwahrscheinlich werden wird, da ja ab 2025 ein Minus prognostiziert ist, und dazu kommt, da Sie ja auch in der letzten Session sehr euphorisch eine Steuersenkungsvorlage überwiesen haben auch als Motion, wo Sie 150 Millionen dann schon wegnehmen würden von diesem Gewinn, wird das eher unwahrscheinlich. Aber kommen wir doch wieder in so eine Situation, dann wäre es wahrscheinlich ungerecht aus unserer Sicht, wenn wir diese Motion so umsetzen würden. Weil es wäre zum grössten Teil ein Steuergeschenk und das möchte ich erklären. Nehmen wir jetzt als Anschauungsbeispiel den Überschuss von 2023 von den 434 Millionen. Wie ist diese zusammengesetzt. Der Anteil der Einkommenssteuern der natürlichen Personen davon entspricht etwa 70,5 Millionen, hingegen der fette Anteil von 351 Millionen aufgrund höherer Unternehmenssteuereinnahmen.

Nun diese Motion will, dass der gesamte Überschuss, also die 20 Prozent, von denen weiss ich, dass das abgezogen werden soll, den steuerzahlenden natürlichen Personen zurückvergütet werden soll. Somit würden nicht «nur» diese 70,5 Millionen, sondern auch diese 351 Millionen nach dem Willen dieser Motion den natürlichen Personen in ihrem Verhältnis zum Steuerauskommen zurückbezahlt. Damit würden diejenigen ungerechtfertigt in unserem Sinn ein Mehrfaches zurückverteilt werden, als ihnen zustehen würden. Das ist aus unserer Sicht ungerecht und eine fragwürdige Umverteilung von Steuergeldern.

Wir finden das falsch und sind nicht dafür. Wenn Rückvergütung stattfinden soll, dann aus unserer Sicht solidarisch und allen zugutekommen muss. Und dies beispielsweise mittels Investition in die Forschung für Medikamente wie Antibiotika und in die Verbesserung der Versorgungssicherheit von Medikamenten, wie es zum Beispiel auch die Initiative Pharma für alle will. Auch in Investitionen in die Bekämpfung der Klimafolgen, was uns in Zukunft noch sehr viel kosten wird und für uns alle und auch die Lebensqualität hier in unserer Stadt sehr wichtig sein wird. Es gibt noch andere Möglichkeiten, wie es ja auch in der Motionsbeantwortung von der Regierung dargestellt wird. Und wenn Rückvergütung in Form von Geld, das ist für uns auch nicht ausgeschlossen, dann möchten wir das auch solidarischer haben, und zwar beispielsweise ähnlich wie als Beispiel beim Stromsparbonus, wie das dort gehandhabt wird, dass alle davon profitieren.

Wir werden also nicht überweisen als Motion und wenn als Motion überwiesen wird, würden wir das ablehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die LDP spricht Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Wir von der Liberaldemokratischen Fraktion haben die Stellungnahme des Regierungsrats sehr positiv zur Kenntnis genommen und finden auch, dass weiterhin daran festgehalten werden sollte, dass diese Überschüsse zum Teil rückvergütet werden, wie das ja hier auch vorgesehen ist. Wir sprechen ja über eine konservativere Methode, als das die Avenir Suisse-Studie vorgesehen hatte.

Gewisse Formulierungen in der Stellungnahme finden wir dennoch etwas überraschend. Da steht zum Beispiel: Die Ermöglichung direkt spürbarer Bürgerbeteiligung am positiven Finanzergebnis. Das klingt so ein bisschen überrascht, dass es Überschüsse gibt in Basel-Stadt und dass es ja dann eigentlich so grosszügig wären, die Bürger daran zu beteiligen, aber das sind ja die Bürgerinnen und Bürger, die das bezahlen und die bezahlen mehr als gebraucht wird und das finden wir einfach nach wie vor in diesem grossen Rahmen, indem die Überschüsse ausfallen, stossend. Es geht ja deshalb auch nicht um den ganzen Betrag, der rückvergütet werden soll, sondern um einen Teil davon und das heisst, man hat immer noch viel übrig vom Überschussbetrag und man hätte auch noch was übrig, wenn das wie in den bisherigen Jahren ausfällt, wenn man weiterhin die Steuern senkt.

Wir von der LDP finden klar, das eine tun, das andere nicht lassen, hier als Motion überweisen, damit ein Teil des Überschusses künftig proportional zu dem, was man einbezahlt hat, rückvergütet wird und aber gleichzeitig auch weiterhin, wie in der letzten Session beschlossen, die Steuern weiter senken. Wenn es dann zu weiteren Ausgaben kommt, dann haben wir den Budgetprozess, dann können wir wieder über Steueranpassungen beschliessen, wenn das notwendig sein sollte, aber im Rahmen der jetzigen Überschüsse sehen wir von der LDP es als nicht wahnsinnig realistisch, dass wir plötzlich in rote Zahlen und in ein Finanzloch fallen werden.



Deshalb bitten wir Sie, weiter als Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Mitte/EVP hat das Wort Andrea Elisabeth Knellwolf.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Auch die Mitte/EVP-Fraktion bittet Sie, diesen Vorstoss weiterhin als Motion zu behandeln. Wir freuen uns über die grundsätzliche Bereitschaft der Regierung, Steuerrückzahlungen in Betracht zu ziehen. Wir verstehen aber das Zaudern nicht, alle Bedenken sind eigentlich in der Motion schon widerlegt. Die Freiheiten in der Umsetzung würden der Regierung gegeben sein mit dieser Motion, die technisch machbaren Ansätze dann zu finden, sich das genau zu überlegen, diese Abklärungen zu treffen. Die Motion hindert sie daran überhaupt nicht. Dass solche Überschüsse bezahlt werden quasi von den Steuerzahlenden über Jahre hinweg, halten wir für nicht legitim, ich halte sie sogar für verfassungsrechtlich fragwürdig und dass da etwas geschehen muss, ist klar. Es muss auch schnell etwas geschehen, weil dieser Zustand geht schon lange und wir denken, mit dieser Motion wird allen Sicherheitsaspekten auch Rechnung getragen mit diesen Hürden, die erfüllt sein müssen. Also wir werden dadurch unsere Staatsfinanzen nicht an die Wand fahren, wenn diese Motion jetzt zögerungsfrei umgesetzt wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die FDP spricht Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Vorab vielen Dank an die verschiedenen Vorredner und Voten, die hier gekommen sind. Besten Dank auch an Regierungsrätin Tanja Soland für die Beantwortung des Vorstosses. Als erstes, ich habe dann bei der Begründung auch mal ein bisschen durchgeschaut, was ins Feld geführt wird, warum man hier jetzt einen Anzug daraus machen muss und nicht die Motion direkt umsetzt.

Grundsätzlich, diese Motion ist risikofrei. Die Motion wird die Finanzplanung des Kantons nicht beeinflussen, das heisst, wenn am Ende des Tages die Abrechnung gemacht wird und Frau Soland am Fischmarkt 10 den Schlusstrich zieht und sagt, wir haben so und so viel Überschuss erzielt, erst dann kommt diese Motion zum Tragen. Wir riskieren nicht, dass wir an verschiedensten Stellen sparen müssen, das ist nicht der Fall. Sie können jederzeit Vorstösse bringen, man kann zusätzliche Ausgaben machen, nicht, dass ich das will, aber Sie können das und erst am Schluss, das, wo ganz, ganz, ganz am Ende übrig bleibt, das würden wir an die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler des Kantons zurücküberweisen.

Noch ein kurzes Wort, wieso man jetzt das Ganze als Anzug noch weiterbehandeln soll. Ich hege ein wenig den Verdacht, dass man dann damit das Ganze aufweichen will, obwohl, ich sage mal, der Vorstoss, und das wurde auch vorhin schon gesagt, sehr ausgewogen ist. Wir werden ja nie alles zurücküberweisen, ein Teil soll ja weiterhin zur Schuldentilgung zurückbleiben, wie eine Art Rückstellung, und ich glaube, wenn man den jetzt weiter aufweicht, dann haben wir von der Grundidee, nämlich die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler des Kantons Basel-Stadt zu entlasten, was wirklich notwendig ist, haben wir dann nichts mehr. Und die Entlastung, denke ich, die ist notwendig. Ich meine, Sie sind alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dieses Kantons und Sie wissen, wie viel es kostet jedes Jahr.

Wenn wir anschauen, noch kurz zum Thema juristische Personen, wieso dass die nicht hier berücksichtigt werden. Ja, ich habe ein Unternehmen, ich bezahle Gewinnsteuern bei diesem Unternehmen und die sind also ganz erträglich. Also wir sind da bei 13 Prozent. Jetzt haben wir die OECD-Steuerreform für die grösseren, das betrifft mich nicht oder meine Firma nicht, und das ist ein angenehmes Steuerniveau. Und dieses Niveau, das haben wir bei den natürlichen Personen nicht und das ist auch der Grund, weshalb diese Rückvergütung spezifisch an die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler des Kantons erfolgen soll.

In diesem Sinne bitte ich Sie, diesen Vorstoss weiterhin als Motion zu überweisen und auf jeden Fall weder abzulehnen noch als Anzug.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat das Wort Tanja Soland für den Regierungsrat.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Die Regierung freut sich immer ab einem Anzug, etwas mehr Handlungsspielraum, aber ich glaube, die Hauptdiskussion war ja, ob das Anliegen auf Interesse stösst und das ist es ja. Ich finde es wirklich eine sehr spannende Idee, weil es eben nicht die vielen Investitionen oder Ausgaben betrifft, die wir machen wollen, es kommt wirklich erst nachher, das stimmt. Das ist wirklich das spannende an diesem Konzept, dass wir hier keine Leistungen abbauen müssen, aber ganz risikofrei ist es natürlich nicht. Wir können die Bruttoschulden weniger abbauen und wir finanzieren natürlich die Investitionen damit, das kann man aber auch berücksichtigen in einen Vorschlag. Wir möchten es nicht



aufweichen, wir möchten Ihnen einen guten Vorschlag unterbreiten, vielleicht sogar Alternativen. Es ist so spannend, das Konzept, dass meine Mitarbeitenden richtig Freude haben an dem zu arbeiten, weil das ist mal etwas Neues, Spannendes. Wirklich, das machen wir gerne, daher sind wir eher für die Anzugslösung.

Einfach noch, wenn Frau Knellwolf sagt, es sei an der Grenze der Verfassungsmässigkeit. Die letzten Überschüsse, die kamen von den Unternehmen und ich würde mich wirklich sehr freuen, wenn die Kommission, die WAK, und der Grosse Rat sich bald zum Standortpaket bekennen würden, denn die Überschüsse kommen von den Unternehmen. Das möchte ich hier einfach noch gesagt haben. Daher freue ich mich, wenn Sie hier zusammen mit dem Regierungsrat auch bei der Standortpolitik so viel Herzblut aufwerfen, wie gerade eben und aus den genannten Gründen würde der Regierungsrat es bevorzugen, den Vorstoss als Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben zwei Abstimmungen. Zuerst die Eventualabstimmung. Niggi Daniel Rechsteiner beantragt Überweisung als Motion. Der Regierungsrat beantragt Überweisung als Anzug.

Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

44 Ja, 50 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004610, 23.10.24 10:54:14]

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Geschäft wird als Motion weiterbehandelt. Es liegen 50 Nein-Stimmen gegen 44 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung vor.

Oliver Bolliger beantragt Nichtüberweisung. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 43 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004612, 23.10.24 10:54:59]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 4 Jahre

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Geschäft ist als Motion überwiesen. Wir haben 50 Ja-Stimmen gegen 43 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.



28. Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Vorgeburtlicher Mutterschutz, Schreiben des RR

[23.10.24 10:55:09, 22.5121.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort hat für den Regierungsrat Tanja Soland. Sie verzichtet. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

29. Motion Pascal Messerli und Michael Hug betreffend der Polizeiberuf muss in Basel-Stadt wieder attraktiv werden: Lohnerhöhung jetzt!, Stellungnahme des RR

[23.10.24 10:55:39, 24.5145.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion bis 1. Mai 2025.

Für den Regierungsrat wünscht niemand das Wort. Damit sind wir bei den Fraktionsvoten. Zuerst Christoph Hochuli für die Mitte/EVP.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Die Basler Polizistinnen und Polizisten haben sich gefreut über diese Motion und auch, dass wir die Motion im Juni 2024 an den Regierungsrat überwiesen haben. Die Arbeitslast bei der Kantonspolizei, vor allem bei der Sicherheitspolizei und dem Einsatzzug ist in den letzten Jahren stark gestiegen, denn die gleiche Arbeit muss trotz 120 fehlenden Mitarbeitenden erledigt werden. Der Personalunterbestand hat auch zur Folge, dass die Polizei weniger Kapazitäten hat, um zum Beispiel Drogenfahndungen in Kleinbasel durchzuführen. Regelmässig müssen Personen, welche die Polizei gerufen haben, länger auf eine Patrouille warten, manchmal sogar bei Fällen von Körperverletzungsdelikten und häuslicher Gewalt. Dies ist für die beteiligten Personen, aber auch für unsere Polizisten und Polizistinnen nicht befriedigend. So darf es nicht weitergehen.

Wie Sie bestimmt in den Medien gelesen haben, wird die Polizei Baselland bis 2032 ganze 116 Stellen schaffen. Dies erhöht den Druck auf die Kantonspolizei Basel-Stadt zusätzlich, denn einige dieser Stellen werden bestimmt mit ausgebildeten Mitarbeitenden unserer Polizei besetzt und auch für die Rekrutierung wird es deshalb noch schwieriger, junge Menschen zu finden, welche die Polizeischule bei der Kantonspolizei Basel-Stadt absolvieren möchten. Deshalb ist es wichtig, dass die Löhne unserer Polizistinnen und Polizisten im Aussendienst baldmöglichst und markant erhöht werden. Natürlich ist der Lohn nicht alles, aber doch ein sehr wichtiger Bestandteil der Arbeitgeberattraktivität, insbesondere bei jungen Bewerbenden.

Wir müssen auch bedenken, dass in den Polizeikorps Baselland, Solothurn oder im Fricktal nicht nur die Löhne besser sind, sondern dort auch weniger Nachtdienste und Wochenenddienste geleistet werden müssen. Dies aufgrund der 24-Stunden-Gesellschaft, den vielen Demonstrationen und Fussballspielen in der Stadt Basel. Wenn Bewerbende für die Polizei also die Wahl haben zwischen mehr Lohn und mehr freien Wochenenden in einem nahen Kanton oder weniger Lohn und weniger freien Wochenenden in Basel-Stadt ist ihre Wahl halt oft eindeutig nicht Basel-Stadt. Deshalb müssen die Polizeilöhne in Basel-Stadt höher werden als im Baselland.

Damit unsere Kantonspolizei konkurrenzfähig wird, braucht es neben den Lohnerhöhungen auch flexiblere Arbeitszeitmodelle für Teilzeit und Vollzeit. Denn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist wegen den unregelmässigen Arbeitszeiten schwierig, wenn beide Elternteile arbeiten.

Die Mitte/EVP-Fraktion bittet Sie, diese Motion nochmals als Motion zu überweisen. So hat das Finanzdepartement mehr Druck, endlich vorwärts zu machen und die Lohnsituation der Kantonspolizei zu verbessern. Damit wird auch die Sicherheit in unserem Kanton wieder erhöht. Ich selber werde mich wegen der eigenen Betroffenheit als Basler Polizist der Stimme enthalten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Jenny Schweizer an? Sie wird angenommen.



Jenny Schweizer (SVP): Sie haben zwar jetzt gesagt, dass Sie sich enthalten und das finde ich ja löblich, aber finden Sie es wirklich angebracht, hier über den eigenen Lohn zu sprechen?

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Ich spreche für alle meine Kolleginnen und Kollegen, von denen ich auch gewählt wurde in den Grossen Rat, und es geht um die beste Personalsituation, die Bekämpfung des Unterbestands des Korps und nicht zuletzt um die Sicherheit unseres Kantons.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Noch eine Zwischenfrage von Tim Cuénod? Sie wird angenommen.

Tim Cuénod (SP): Christoph Hochuli, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Ich fand vieles sehr nachvollziehbar, nur eines, sind Sie sich sicher, dass die Löhne bei der Kantonspolizei Baselland und Solothurn höher sind als in Basel-Stadt?

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Bei den jungen Angestellten ist es auf jeden Fall der Fall, mit dem höheren Alter wird es wieder etwas ausgeglichen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Hanna Bay.

Hanna Bay (SP): Bei der Erstüberweisung dieser Motion wurde im Wesentlichen damit argumentiert, dass der Unterbestand, welcher anerkannt und auch zu Recht problematisiert wird, von daher kommt, dass der Lohn zu tief sei, wir haben es vorhin auch wieder gehört, und dass wir aus diesem Grund wegen den Löhnen nicht konkurrenzfähig sind mit anderen Korps. Ich glaube, diese Argumentation ist wirklich nicht gut gealtert. Wo stehen wir nun drei Monate später nach der Erstüberweisung?

Erstens wissen wir, dass der Exodus am Personal und die gravierenden Probleme im Bestand bei weitem nicht nur eine Frage des Lohns ist. Ich glaube, der Bericht Schäfer ist uns allen bekannt und dieser kommt klar zum Schluss, dass der Lohn zwar ein Teil ist, der angeschaut werden muss, aber eben bei weitem nicht alles ist, insbesondere wenn man die Arbeitsmarktzulage überführt. Es ist eine fragliche Führungskultur, wir haben eine tiefe Vertrauenskrise, wir haben eine Einsatzplanung, die offensichtlich nicht funktioniert, wir haben offenen Sexismus und Rassismus, wir haben eine Angstkultur und eine mangelnde Kritikkultur. Hier muss Verantwortung übernommen werden, hier muss ein Wandel ernsthaft herbeigeführt werden.

Zweitens haben wir nun die Stellungnahme des Regierungsrats. Diese rechnet vor, dass unter Berücksichtigung der Arbeitsmarktzulage und ohne Berücksichtigung der weiteren Zulagen, Schicht-, Nacht-, Erziehungszulagen, etc. ein Einstiegslohn von 5'744 Franken Realität ist. An dieser Stelle zitiere ich gerne den Motionär Pascal Messerli, welcher in der Diskussion rund um die Erstüberweisung folgendes sagte, ich zitiere: Meiner Meinung nach kann es nicht sein, dass wir insbesondere bei den Einstiegsgehältern im schweizweiten Vergleich im unteren Drittel sind. Da gehören wir eher ins obere Drittel. Zitat Ende. Nun ja, gemäss der Rechnung des Regierungsrats sind wir da schon. Schon alleine deswegen erscheint es kaum als sinnvoll, die Motion als Motion zu überweisen. Sie ist nämlich, wenn es nach den Vorstellungen des Motionärs geht, nach den nackten Zahlen bereits erfüllt.

Die SP beantragt Ihnen trotzdem, die Motion als Anzug zu überweisen, denn die SP ist seit jeher die Partei, welche sich für gute Arbeitsbedingungen und gute Löhne einsetzt, aber eben nicht nur bei der Polizei, sondern gleichermassen auch bei der Kita-Mitarbeiterin, bei der Pflegefachperson oder bei den Mitarbeitern der Stadtreinigung. Aus diesem Grund begrüsst die SP auch, dass die Regierung die Arbeitsmarktattraktivität als Ganzes steigern möchte und wir begrüssen es auch, dass das Instrument der Arbeitsmarktzulage zeitnah ins reguläre Lohngefüge überführt werden soll. Aber hier nun ein undurchdachtes Hauruckmanöver zu vollziehen, welches wieder andere Ungleichheiten herbeiführt, welches nicht insgesamt ins Lohnsystem passt, ist weder sinnvoll noch nachhaltig.

Ich bitte Sie daher, die Motion als Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Nicola Goepfert.



Nicola Goepfert (GAB): In vielen Punkten kann ich meiner Kollegin Hanna Bay zupflichten, ja, bei der Basler Polizei liegt einiges im Argen, nicht nur die Löhne. An einer sauberen Aufarbeitung der Geschehnisse scheinen die bürgerlichen Kräfte hier im Saale nicht interessiert zu sein, wie sich bei der Abstimmung über eine parlamentarische Untersuchungskommission gezeigt hat. Die Aufarbeitung dessen, wie die Polizei unter bürgerlicher Departementsleitung in diesen besorgniserregenden Zustand geführt werden konnte, liegt nun vorerst bei der GPK.

Wie wir schon bei der Diskussion über die PUK oder bei der Erstüberweisung dieser Motionen betont haben, braucht es aber auch unmittelbare Massnahmen zur Verbesserung der Situation. Es muss jetzt unser Ziel sein, die Arbeitsbedingungen, wovon die Löhne ein Bestandteil sind, möglichst schnell, aber auch nachhaltig zu verbessern. Natürlich zusätzlich zu einem ganz grundsätzlichen Kulturwandel bei der Polizei und tiefgreifenden Massnahmen gegen sexistische und rassistische Verhaltensweisen im Korps.

Selbstverständlich unterstützen wir das in der Motion formulierte Ziel noch immer. Nur mit guten Arbeitsbedingungen finden wir auch gutes Personal oder überhaupt Personal. Doch die Probleme bei der Kantonspolizei sind vielschichtig und müssen auch entsprechend behandelt werden. Die Motion fordert eine Lohnanpassung spätestens bis am 1. Mai 2025. Das ist eine doch sehr kurze Frist, welche eine sauber ausgearbeitete und vor allem gut eingebettete Lösung erschwert. Der Regierungsrat schildert in seiner Stellungnahme aus unserer Sicht glaubhaft, dass ihm die Dringlichkeit bewusst ist und stellt in Aussicht, dass Verbesserungen bis zum Ablauf der befristeten Arbeitsmarktzulage umgesetzt werden sollen. Spätestens bis dann braucht es Massnahmen, um einen nahtlosen Übergang zu gewährleisten. Der Zeitrahmen für Verbesserung beim Lohn ist also mit dem Ablauf der Arbeitsmarktzulage festgelegt. Uns scheint es deshalb sinnvoll, dass die Umsetzung und Planung der Massnahmen gut abgestimmt und eingebettet sind in alles, was sonst noch läuft.

Aus diesem Grund folgen wir dem Antrag, dies als Anzug zu überweisen. Nicht, weil wir das Anliegen der Motion nicht wichtig fänden, sondern weil es wirklich gute qualitative und nachhaltige Lösungen braucht. Eine Lösung, die sauber ausgearbeitet und danach nach Ablauf der Arbeitsmarktzulage umgesetzt werden kann.

Und ja, die Kriminalpolizei profitiert aktuell nicht von der Arbeitsmarktzulage, sie ist aber bis zur Umsetzung der Motion Pascal Messerli auch nicht Teil der Kantonspolizei. Genauso wenig profitieren anderen Blaulichtorganisationen wie die Sanität von der Arbeitsmarktzulage und auch dort gibt es unbesetzte Stellen. Um solchen Situationen zu begegnen, werden wir auch dieses oder wahrscheinlich erst nächstes Mal im November die Möglichkeit haben, ergänzend hierzu auch meine Motion zur Lohnanalyse zu überweisen. Mit dieser kann frühzeitig dann erkannt werden, sollte es auch bei anderen Kantonsangestellten Handlungsbedarf geben, zum Beispiel bei der Kripo.

Das GAB empfiehlt daher, die vorliegende Motion als Anzug zu überweisen und erwartet von der Regierung rasches Handeln, wodurch spätestens mit Ablauf der befristeten Arbeitsmarktzulage im Februar 2026 Lohnanpassungen bei der Kantonspolizei vorgenommen werden können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfragen von Felix Wehrli und Pascal Messerli an? Sie werden angenommen. Zuerst Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Ist Ihnen bewusst, dass es nicht fünf vor zwölf, sondern schon lange halb eins gewesen ist und man auf ein Zeichen wartet bei der Polizei? Es sind jetzt 130 Stellen unbesetzt und es geht frisch und fröhlich weiter.

Nicola Goepfert (GAB): Ja, ich glaube, das habe ich auch geschildert, aber es braucht auch eine Lösung, die dann standhält und nicht eine Lösung, die dann ein Jahr später wieder angepasst werden muss, weil man merkt, es ist nicht abgestimmt mit allen anderen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Pascal Messerli hat Gelegenheit, seine Frage zu stellen.

Pascal Messerli (SVP): Nicola Goepfert, sind Sie sich bewusst, dass ich in meiner Motion explizit die Kriminalpolizei erwähnt habe und diese auch von dieser Motion profitieren könnte, völlig unabhängig davon, ob die jetzt aus der Staatsanwaltschaft ausgegliedert wird oder nicht?

Nicola Goepfert (GAB): Weil ich die Motion so genau gelesen habe, habe ich die Kripo auch erwähnt.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommt Pascal Messerli wieder nach vorne für das Fraktionsvotum für die SVP.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion bittet Sie selbstverständlich, diese Motion auch bei der Zweitüberweisung als Motion zu überweisen. Ich denke, alle haben sich mittlerweile eine Meinung zu diesem Thema bilden können. Alle kennen die Situation mit dem Unterbestand und der Polizei und zumindest die meisten von Ihnen werden den Bericht von Herrn Schäfer gelesen haben. Heute haben wir als Parlament die Chance, den Polizistinnen und Polizisten ein wichtiges Signal der Wertschätzung zu senden. Es ist ja zumindest positiv, dass alle Fraktionen jetzt dieses Anliegen überweisen wollen, wenn auch nur als Anzug. Wir sind der Auffassung, dass jetzt dringender Handlungsbedarf besteht und dass wir jetzt nicht noch Jahre lang zuwarten können und sich der Unterbestand noch weiter verschlechtert.

Es stimmt zwar, dass es sicherlich nicht nur mit einem höheren Lohn getan ist, ja, aber in diesem Bereich haben wir nun mal als Parlament Handlungsspielraum. Die Situation im Korps, im Departement oder die Führungskultur, diese können wir nur indirekt oder teilweise gar nicht beeinflussen. Und ja, Sexismus und Rassismus, das mag auch ein Thema sein, das man bekämpfen muss, völlig einverstanden, wenn man dann aber auch die Berichterstattung gelesen hat, wie Marco Schäfer dann auch seinen Bericht kommentiert hat, dann hat er ganz klar gesagt, dass sich der grosse Teil der Polizistinnen und Polizisten absolut korrekt verhält. Also jetzt hier so zu tun, als wären jetzt alle Polizisten in einer Sexismus- und in einer Rassismusfalle, das wirkt dann einfach auch nicht gerecht.

Bei der Höhe der Löhne wird dann immer mal wieder gesagt, wir sind vielleicht gar nicht so schlecht, mit der Arbeitsmarktzulage sind wir im oberen Drittel. Das mag alles stimmen, aber wir müssen hier schon auch anerkennen, dass der Polizeiberuf im Kanton Basel-Stadt anspruchsvoller und schwieriger ist als in anderen Kantonen. Wir sind der kriminellste Kanton, wir haben jedes Wochenende eine Demonstration, ein Fussballspiel oder einen anderen grossen Event. Wir wollen im 2025 noch mehr Events. Wir sind für den Eurovision Song Contest, wir sind für die Fussball EM, ich denke, wenn ich jetzt Polizist wäre, würde ich mir gut überlegen, ob ich mir dieses 2025 wirklich antun soll, und da haben wir halt einfach eine völlig andere Situation als in weniger starken Hotspots wie in Stans, Saanen, Altdorf oder Buus.

Zudem kommt noch hinzu, dass eben die Kriminalpolizei von der Arbeitsmarktzulage nicht profitiert. Auch die Kriminalpolizei hat viele Wochenenddiensten. Sie müssen Einvernahmen machen, sie müssen die ganzen Protokolle schreiben, sie haben auch wenig Wochenende, dementsprechend müssen wir auch die Kriminalpolizei attraktiv gestalten, dass uns hier nicht die Leute wegfallen, weil auch die Kriminalitätsbekämpfung ein wichtiges Anliegen ist.

Beim Regierungsrat hatte man von Anfang an etwas das Gefühl, dass er diese Motion nie so wirklich wollte. Ich schätze grundsätzlich immer die völlig offene Kommunikation, auch heute von Regierungsrätin Tanja Soland, aber wenn man halt beim Regierungsrat derart merkt, dass man ein Anliegen nicht will, dann ist es wahrscheinlich auch als Parlament legitim, wenn man hier bei der Motion bleibt. Wenn wir jetzt die Motion weiter als Anzug behandeln, dann prüft und berichtet der Regierungsrat und in zwei Jahren haben wir dann eine Antwort, aber wir haben keine Garantie, ob es dann wirklich auch besser wird. Dass die Frist der Motion kurz ist, das stimmt, aber auch hier gibt es das Mittel der Fristenverlängerung, das man dann jederzeit auch beantragen kann und ich denke schon, dass im Sinne dieses Gesamtsignals es auch für die Polizistinnen und Polizisten wichtig ist, dass wir bei der Motion bleiben.

Ich möchte aber auch der linken Seite in diesem Parlament die Hand reichen, auch wenn meine Fraktion ein Minus in der Kreuztabelle in der Motion Goepfert hat, die er ja auch angesprochen hat. Ich persönlich würde diese Motion unterstützen, auch als Motion, damit wir auch in anderen Berufen interkantonale Lohnvergleiche haben. Da reiche ich persönlich die Hand, das kann man jetzt auch sehr gerne protokollieren, aber dafür braucht es hier heute schon auch eine Überweisung als Motion, weil gerade bei der Polizei wir dringenden Handlungsbedarf haben.

Dementsprechend bitte ich Sie, hier bei der Motion zu bleiben und diese so zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die LDP spricht Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Sehr geehrte Frau Regierungsrätin Tanja Soland, glauben Sie mir, ich respektiere Ihre Arbeit wirklich, darum nehmen Sie es mir nicht persönlich, wenn ich heute Morgen schon wieder kritische Töne gegenüber Ihrem Departement äussern muss.

In der Motion von Tobias Christ und mir aus dem Jahr 2022 «Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für Kantonsangestellte im Schicht- und Wochenenddienst» habe ich unter anderem eine Gehaltserhöhung und die Erweiterung von Fringe Benefits wie kostenlose U-Abonnements, Parkmöglichkeiten im Nachtdienst, Ausbildungen, Zugang zu einer Mensa, Kinderbetreuung, Eintritt in Gartenbädern, etc. gefordert. Ebenfalls soll eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei der Polizei auch im Bereich der Arbeitsbekleidung und der Umkleidezeiten erreicht werden. Dieser Auftrag besteht. Das Argument, es liege nicht nur an den Löhnen, ist daher wenig stichhaltig. Das Geschäft ist seit 2022 hängig. Mehrere



Nachfragen über Interpellationen und schriftliche Anfragen erfolgten, passiert ist relativ wenig. Das einzig greifbare ist die befristete Arbeitsmarktzulage auf drei Jahre.

In der Interpellation vom 10. April mit dem Titel «Wann werden die Arbeitsbedingungen bei der Polizei und bei anderen Kantonsangestellten im Schichtbetrieb endlich verbessert» wurde vor allem auf das Projekt Arbeitsgeberattraktivität steigern verwiesen. Dieses möchte jedoch ganzheitlich die Arbeitsbedingungen bei den Kantonsangestellten verbessern. Wir möchten nun jedoch ganz bewusst und schnell die Löhne bei der Sicherheit erhöhen. Sicherheit ist eine absolut elementare Grundfunktion staatlichen Handelns und sie muss gewährleistet werden. Der Handlungsbedarf ist unbestritten.

Viele Fragen von Kolleg*innen, unter anderem von Kollegin Hanna Bay und anderen, stützen sich auf Lohnvergleiche. Diese wurden immer wieder in Aussicht gestellt, mir liegen diese aber nicht vor. Auf welche Infos sie sich stützen, die Aussagen, das weiss ich nicht. Ein spezifischer Lohnvergleich neben dem jährlichen allgemeinen Lohnvergleich soll spätestens im Herbst 2024 vorliegen, so die Antwort auf meine Interpellation vom April dieses Jahres. Ich habe nun den Wecker auf den 20. Dezember 2024 gestellt, der hört nämlich der Herbst auf.

Ich zitiere: Der Regierungsrat steht einer Veröffentlichung der Ergebnisse positiv gegenüber. Ebenfalls, die Verbesserung der Fringe Benefits wurde in Aussicht gestellt. Sie benötigten jedoch gesetzliche Grundlagen. Weshalb wurden diese gesetzlichen Grundlagen nicht bereits geschaffen oder vorgelegt? Eine Motion läuft bereits seit dem Jahr 2022. Dies ist denn auch wieder ein Beispiel dafür, wieso immer mehr Motionen eingesetzt werden und nicht Anzüge, was sehr bedauerlich ist, weil man einfach das Gefühl hat, es wird immer weiter verschleppt und nicht umgesetzt.

Die nun monierte Frist ist so angesetzt, da der Wunsch des Parlaments für eine Lohnerhöhung ja nicht neu ist, sondern bereits seit dem Jahr 2022 besteht. Da nie wirklich etwas passiert ist, müssen jetzt Nägel mit Köpfen gemacht werden. Das ist durchsetzbar. Wie Ratskollege Pascal Messerli auch gesagt hat, kann im Notfall ja auch die Frist noch erstreckt werden. Es ist jedoch aber jetzt nicht mehr Zeit, noch hundert theoretische Konzepte zu dem Thema zu schreiben. Der Auftrag ist relativ simpel, es braucht bessere Arbeitsbedingungen und die Lohnerhöhung ist ein Teil davon.

Darum bitte ich Sie, auch im Namen der Fraktion LDP, dieses Geschäft weiter als Motion zur Erledigung und Erfüllung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Regierungsrätin Tanja Soland an? Sie wird angenommen.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Michael Hug, ist Ihnen nicht bekannt, dass die gesetzliche Grundlage für die Lohnnebenleistungen in der WAK liegt und die Umkleidezeit für die Polizei in der JSSK?

Michael Hug (LDP): Das mit der Umkleidezeit ist mir bekannt, das mit der WAK ist mir bisher unbekannt. Besten Dank für die Aufklärung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zum Sprecher für die GLP, Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Ich höre hier viel Einigkeit in der Sache hier im Saal, und das erleichtert mich, und nur sehr wenig Polemik oder weniger als ich erwartet hätte, aber nicht ganz ohne Polemik. Es wurde genannt, ich glaube, es war Nicolas Goepfert als Vorredner von mir, wir Bürgerlichen, es ist die Frage, die GLP zählt sich da nicht dazu, aber ich habe mich trotzdem angesprochen gefühlt, seien nicht an einer ernsthaften Aufarbeitung der Missstände interessiert. Das muss ich in aller Form zurückweisen. Dass wir eine PUK nicht unterstützt haben, war schlicht und einfach, weil wir das als nicht sachlich, sogar als kontraproduktiv eingeschätzt haben und dazu stehen wir immer noch. Natürlich sind wir daran interessiert, deshalb eigentlich weitgehend Einigkeit bis auf diesen Punkt.

Auch einig mit diversen Vorrednern, dass der Lohn nicht das einzige ist, aber da hat mir Pascal Messerli das wichtige Stichwort aus Sicht der GLP geliefert. Es geht um das Signal hier primär, das wir nach aussen senden, und damit erklären wir auch, warum wir als GLP hier ebenfalls eine Überweisung als Motion fordern. Es geht um dieses Signal, das würde unnötig abgeschwächt werden, wenn wir das jetzt als Anzug überweisen würden, wie ich die Regierung verstanden habe, aus technischen Gründen. Die können wir nicht ganz nachvollziehen, diese Problematik, die angesprochen ist im Bericht der Regierung. Wie auch schon vor mir die Vorredner gesagt haben, wenn es da einfach darum geht, dass eine Frist nicht ideal ist, darüber kann man dann reden, dass man die anpasst, da sind wir offen als GLP.



Aber wir bitten wirklich, senden wir dieses wichtige Signal nach aussen, dass wir wirklich das Problem sehen, dass die Arbeitsbedingungen nicht gut genug sind bei der Polizei, dass wir da was verbessern wollen und dass wir das schnell verbessern wollen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die FDP spricht David Jenny.

David Jenny (FDP): Die FDP schliesst sich dem Antrag auf Überweisung als Motion an. Es gibt das Sprichwort «Not kennt kein Gebot». Das ist, glaube ich, falsch in einem Rechtsstaat, aber die Not, die in dieser Frage vorliegt, die ist allgemein anerkannt, und es gibt eben ein Gebot, das ist, schnell und vor allem auch überzeugend zu handeln. Und wenn ich eben die Voten aus der linken Ratshälfte höre, dann fehlt mir der Glaube, dass Sie wirklich für die Situation in unserer Polizei etwas Positives tun wollen. Es wird dann immer gesagt, ja, zuerst hätte man eine PUK einsetzen müssen. Ich glaube, das wurde wirklich widerlegt, das hätte überhaupt nichts gebracht. Wir werden es dann wiederum sehen beim Geschäft, das im November kommt, Virtual Reality. Wenn es um etwas konkretes, was gut ist für das Polizeikorps, geht, dann werden alle Ausreden gefunden, warum das jetzt trotzdem nicht gut ist.

Ich glaube, wir können auch hier klar sagen, es geht hier wirklich um eine Konkurrenz zwischen den Polizeikorps der Kantone mit einer Anpassung der Löhne. Das schwächen wir jetzt hier nicht im Privatsektor. Da wurde von der Frau Regierungsrätin gesagt, ja, was überall verzögert wird in den Kommissionen. Ich kann nicht für die WAK sprechen, aber die Verzögerung vielleicht bezüglich den Umkleidezeiten in der JSSK, das ist jetzt ganz sicher nicht auf die Kommission zurückzuführen. Die Frau Präsidentin nickt, mehr will ich nicht sagen, das wäre Verletzung des Kommissionsgeheimnisses.

Die Frist, der 1. Mai des nächsten Jahres, ja, die ist nicht ganz realistisch. Ich gehe davon aus, die müssen wir erstrecken, ich hoffe auf den 1. Januar 2026. Aber ich glaube, das wichtige Zeichen an die Angehörigen unseres Polizeikorps ist, dass wir sagen, wir wollen dies und ob das jetzt auf den 1. Mai kommt oder auf den 1. Januar 2026, ich glaube, das ist nebensächlicher. Aber wenn Sie es nur als Anzug überweisen, dann ist ja das Zeichen, liebe Frau Soland, bitte vielleicht nicht die ganz unterste Schublade, aber die zweitunterste Schublade und das wollen wir heute nicht.

Daher bitte als Motion überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Patrick Fischer.

Patrick Fischer (SVP): Auch ich sage etwas dazu, obwohl ich Polizist bin. Es betrifft mich nicht ganz, weil die Arbeitsmarktzulage ja wie erwähnt nur die Kantonspolizei betrifft. Dennoch möchte ich dazu sprechen, weil ich werde ja von vielen Polizisten angegangen, ich werde angeschrieben und ich verleihe diesen Leuten eine Stimme.

Ich möchte die Arbeitsmarktzulage noch ein bisschen genauer definieren. Es handelt sich um 400 Franken für Polizisten bis 25 Dienstjahre und 200 Franken ab 25 Dienstjahre. Das heisst, es ist ähnlich wie bei einem Mobilfunkabonnement, die treuen Kunden werden eigentlich eher ein bisschen benachteiligt und die frischen werden somit angelockt. Diese 400 und 200 Franken sind notabene vor Abzügen und ich denke, genau diese Abstufung ab 25 Jahren, da fehlt mir ein bisschen der Respekt vor den altgedienten Polizisten, die eben nicht gewechselt haben, die die Treue halten und die immer noch draussen auf der Strasse ihren Dienst tun.

Vom Regierungsrat heisst es, es wird daran gearbeitet, es wird eine vertiefte Analyse gemacht. Man bittet um genügend Zeit, aber Zeit ist gerade das, was wir eben nicht haben. Wir verlieren jede Woche Mitarbeiter. Gerade letzte Woche wurde wieder bekannt, dass ein weiterer nach Baselland wechselt, und wir haben es schon gehört, Baselland schreibt Stellen aus und die werden problemlos aufgefüllt werden durch unzufriedene Mitarbeiter von der Kapo Basel-Stadt. Die Frist, 1. Mai 2025, wir haben es auch gehört, ist knapp. Aber am Beispiel ESC haben wir gesehen, wie schnell man hier über Millionen entscheiden kann. Da geht es plötzlich rasch und da kann man einfach dann das Geld mit vollen Händen ausgeben.

Ich bin auch der Meinung, wie gesagt wurde, dass man das sauber anschauen muss und dass es da nicht die Pflasterlipolitik zu machen gilt, aber der Kessel ist defekt und dann flicken wir ihn jetzt lieber mit einem Kaugummi und nachher halt dann noch mal richtig, aber wir brauchen die Meldung der Politik, dass etwas geschieht, die brauchen wir jetzt. Der Lohn ist nicht alles, aber was wurden denn ansonsten für Massnahmen ergriffen, was haben die Polizisten erhalten? Sie haben neue Bobby-Helme erhalten und neue Schirmmützen und haben im Gegenzug einen Waffengurt erhalten, den sie überhaupt nicht gebrauchen können, sie benutzen den alten weiter.

Und deswegen, auch wenn ich mich nachher auch enthalten werde, bitte ich Sie, die Motion auch als Motion zu überweisen und nicht als Anzug. Wir haben ja auch gehört, was mit Anzügen passieren kann, sie werden dann einfach nicht bearbeitet. Auch ich bin dafür, wie Herr Goepfert gesagt hat, seine Motion, es braucht nicht nur die Kantonspolizei, die wir anschauen,



es braucht wirklich sämtliche Bedienstete und auch da biete ich Hand, dass wir da genauer hinschauen und auch dem Pflegepersonal die entsprechende Wertschätzung zugutekommen lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nun hat Tanja Soland das Wort. Wir haben Sie gebeten, ihr Votum als Einzelsprecherin zu halten, weil sie einen Antrag zur Frist angekündigt hat. Das würde Ihnen dann nochmals die Gelegenheit geben, darauf zu reagieren, wenn es dafür ein Bedürfnis gibt. Frau Soland, Sie haben das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich wollte nicht die Kommissionsarbeit beleidigen. Ich habe nichts von Verzögerung gesagt, ich wollte nur Michael Hug erklären, dass wir diese zwei Vorlagen bereits ins Parlament gegeben haben. Das war wohl ein Missverständnis.

Dann vielleicht noch kurz dazu, dass wir nichts gemacht haben, es ist Not. Doch, der Regierungsrat hat ja reagiert mit der Arbeitsmarktzulage, 400 Franken, das war die Not, das konnten wir sofort machen, das haben wir gemacht. Und ja, die längeren Mitarbeitenden nicht genug berücksichtigt. Wir haben halt die Lohnvergleiche angeschaut und das Problem ist bei den Einstiegsgehältern und darum geht es dann eher etwas hoch und höher als in anderen Kantonen. Wir haben das vor allem berücksichtigt und wie Sie sehen, hilft das nicht in allem, aber es ist ein wichtiger Punkt. Und nein, es geht nicht in die untere Schublade. Wir sind daran, wir haben schon Vorschläge ausgearbeitet, wir werden, egal wie Sie oder nicht überweisen, völlig egal, wir sind dabei, das zu machen.

Wir möchten die Vorlage im Frühling verabschieden, das heisst, es reicht nicht, was Sie hier möchten, dass die Löhne ab 1. Mai erhöht werden, das schaffen wir nicht. Es ist ein Lohngesetz, es sind Lohngesetzanpassungen. Daher stelle ich Ihnen hier eventualiter den Antrag, die Frist auf Ende Februar 2026 zu erhöhen. Dabei geht es mir darum, die Frist für die Lohnerhöhung. Wir werden die Vorlage im Frühling bringen und dann werden Sie auch noch diskutieren.

Wir werden selbstverständlich, auch wenn wir das gerne etwas weitermachen würden, aber wir schauen natürlich die Lohnkurve an. Wir haben auch noch Rettungssanität, wir haben andere Schichtarbeiter. Wir haben das Problem im Kanton Basel-Stadt, also Problem, es ist einfach so, die Lohnkurve ist sehr tief. Sie beginnt sehr tief, dann ist sie extrem steil und dann flacht sie ab und das ist eines der Hauptprobleme, die sich jetzt zeigen in Konkurrenz auch mit anderen Korps, auch in anderen Branchen, die wir sehen. Und das können wir angehen, da sind wir daran, der Regierungsrat wird das bis Ende Jahr anschauen, dann werden die Vorlagen ausgearbeitet. Das machen wir, das fliesst in wirklich keine Schublade. Aber wir werden es so machen, weil wir müssen das Gesetz anpassen, weil die Notmassnahme, die Arbeitsmarktzulage, die haben wir schon gebracht, das war die Notmassnahme, jetzt bringen wir die allgemeine, die «Lohnerhöhung» und dann schauen wir, dass es auch etwas nachhaltiger ist.

Was wir nicht machen können, wenn Sie heute die Motion überweisen, ist, dass wir Ihre anderen Anzüge zusammen noch anschauen, andere Schichtarbeitenden, das wird jetzt wahrscheinlich dann zeitlich nicht reichen. Wenn Sie das als Motion überweisen, nehme ich das so auf, dass wir weder die Arbeitsgruppe berücksichtigen, die jetzt bereits arbeitet, da muss ich mich dann halt entschuldigen, und wir werden auch die anderen Vorstösse nicht integrieren können. Das werden wir nicht machen.

Dann zu den Lohnvergleichen, damit ich das gleich öffentlich hier auch noch für die Medien sage, die bei mir schon Anfragen stellen. Ja, die Lohnvergleiche liegen schon vor, wir haben Sie in der GPK und der Finanzkommission schon vorgestellt. Wir machen jedes Jahr Lohnvergleiche, wir haben jetzt einen Lohnvergleich gemacht, den man veröffentlichen könnte, der war nicht so befriedigend. Dann haben wir noch nachgemacht mit den wichtigen Städten, Kantone, die wir vergleichen wollten, den man veröffentlichen könnte. Wir werden das auch veröffentlichen, aber mit der Vorlage. Ich habe mit dem JSD vereinbart, dass wir auf die Vorlage warten.

Es ist uns einfach sehr wichtig und das werde ich aushalten müssen, Sie dürfen schreiben über mich, was Sie wollen, interpellieren was Sie wollen. Es ist mir wichtig, dass die gute Zusammenarbeit, die wir gerade im Moment haben mit der Kapo, mit dem JSD, dass die weiter fruchten kann, dass wir eine Vorlage bringen können, die wirklich zur Zufriedenheit unserer Mitarbeitenden auch bei der Kapo ist. Daher werde ich diese Lohnvergleiche noch unter Verschluss behalten und mit der Vorlage werden wir sie alle bringen. Sie dürfen anfragen, aber wir werden sie im Moment noch nicht herausgeben. Auch Michael Hug darf dann nochmal interpellieren und schimpfen mit mir, das ist okay. Es tut mir leid, das ist mir jetzt einfach wichtiger, unsere Mitarbeitenden, die Zufriedenheit, gute Vorlage ist mir wichtiger.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Vielleicht meldet sich dann noch einer der Motionäre als Einzelsprecher, wahrscheinlich haben wir eine gewisse Konfusion. Die Motionäre scheinen davon ausgegangen zu sein, dass das Ganze ohne Gesetzesänderung möglich



ist und sie haben eigentlich auch gesagt, Massnahmen im Finanzplan und Budget zu ergreifen und das bis spätestens per 1. Mai 2025 substanziell zu erhöhen und da scheinen die Massnahmen im Finanzplan und im Budget, die Frage ist auch, Budget von welchem Jahr, nicht ganz zu genügen. Es braucht noch die gesetzliche Grundlage, die ist ja mit der Bearbeitung, Referendumsfrist, etc. wahrscheinlich schwierig zu erreichen, dass die am 1. Mai in Kraft gesetzt werden könnte. Ich meine, es ist immer noch denkbar, dass man natürlich dann die Lohnerhöhung rückwirkend gewähren würde.

Aber andererseits haben Sie explizit keine Frist zur Erfüllung der Motion. Die Motion ist ja dann erfüllt, wenn der Regierungsrat die Vorlage bringt, und da haben Sie eigentlich für das keine Frist gesetzt. Also eigentlich innerhalb von vier Jahren, es wäre dann einfach rückwirkend auf den 1. Mai 2025, das wäre dann ganz kompliziert, aber ich würde eigentlich jetzt die Frist so nicht erstrecken, wie im Antrag von Frau Soland gesagt hat. Die klare Frist wäre eigentlich das, sie hat ja Frühjahr gesagt, dass die Motion durch die Gesetzesvorlage erfüllt werden müsste bis Ende erstes Quartal 2025 und dann kommt es in eine Kommission und die muss dann möglichst schnell arbeiten, wenn wir es dann nicht direkt im Plenum behandeln.

Ich stelle jetzt keinen konkreten Antrag, weil ich das als Privileg der Motionäre erachte, aber es sind vielleicht ein bisschen unterschiedliche Ausgangslagen, Formulierung Motion, wo nicht beachtet wurde, dass es eine Gesetzesänderung braucht. Ich habe jetzt auch nicht nachgeprüft um die Aussage der Regierung, es braucht zwingend eine neue gesetzliche Grundlage, weil es sonst finanzrechtlich nicht zulässig ist, nur durch Finanzplan und Budget das so zu bewilligen. In diesem Sinne hoffe ich auch noch auf weitere Aufklärung durch die Motionäre als Einzelsprecher.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Joël Thüring gemeldet.

Joël Thüring (SVP): Ich bin zwar nicht Motionär, aber ich glaube, wir müssen jetzt aufpassen, dass wir uns nicht in eine Komplexitätsfalle begeben, die nicht notwendig ist. Wir überweisen heute hoffentlich diese Motion zum zweiten Mal an den Regierungsrat und geben ihm damit den Auftrag, den Lohn der Polizistinnen und Polizisten zu erhöhen. Wie das in der Umsetzung geschehen wird, das muss uns der Regierungsrat dann darlegen, wenn wir diese Motion zum zweiten Mal überweisen. Es gibt aber tatsächlich eine Möglichkeit, wie das passieren könnte, ohne dass es ein Problem wird mit der Grundforderung der Motion. Sie könnten theoretisch die Arbeitsmarktzulage, die bereits in diesem hohen Hause beschlossen wurde, entsprechend anpassen. Diese Möglichkeit besteht, das haben wir ja bereits auch schon einmal getan, dass wir diese temporär eingeführt haben, und diese Arbeitsmarktzulage könnte man quasi nun benutzen, um dem Regierungsrat dann über diesen Weg die Möglichkeit zu geben, die Motion so umzusetzen, wie sie auch angedacht war.

Bei den Neueinreibungen in einer Lohnklasse beispielsweise, wenn ein Angestellter einen Antrag gestellt, er sei eine Lohnklasse höher einzustufen, dann wird das ja auch zuerst vom HR BS beurteilt und es wird dann eine rückwirkende Auszahlung, wenn diese Lohnklassenerhöhung gewährt wird, ermöglicht ab Datum des Antrages. Insofern, glaube ich, müssen wir aufpassen, dass wir jetzt nicht grundlos in eine Komplexitätsfalle tappen und diese Forderung der Motionäre abschwächen, indem wir aufgrund dieser Aussagen von Frau Regierungsrätin Soland, die legitim sind, nun auf einen Anzug oder auf eine andere Frist umschwenken würden.

Ich würde also hier als Einzelsprecher sehr beliebt machen, dass wir am vorgegebenen Weg gemäss unserem «Chrüzlistich» festhalten und dann schauen, wie wir diese Situation so lösen können, dass es einerseits gesetzeskonform ist, dass es für Frau Regierungsrätin Soland kein Problem wird in der Umsetzung, aber dass der Kerngedanke der Motion, nämlich mit dieser Erhöhung des Lohnes auf Mai 2025, trotzdem auch Rechnung getragen wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Frau Soland, Sie haben nochmals das Wort, wenn Sie es wünschen, und Sie können mir sagen, ob Sie am Antrag festhalten.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ja, ich würde am Antrag festhalten. Mir ist ehrlich gesagt jetzt auch nicht ganz klar, ich habe bisher immer verstanden, dass Sie zum bisherigen bzw. alten Stand eine Lohnerhöhung wollten. Und jetzt höre ich etwas, nein, die Arbeitsmarktzulage, die 400 Franken pro Monat seien auch viel zu wenig. Da bin ich mir jetzt nicht sicher, ich habe das nämlich bisher anders verstanden. Ich habe verstanden, dass man da schnell eine Ablösung bringen soll und wenn Sie sagen, nein, Sie wollen nicht nur 400 Franken, Sie wollen viel mehr Geld, dann wäre das ein etwas anderes Verständnis. Dann können Sie sich überlegen, ob sie die erhöhen, ob das gesetzlich geht, Joël Thüring, müsste man dann noch schauen. Auch bei der Arbeitsmarktzulage muss man eigentlich den Wettbewerb beachten.

Ich gehe davon aus, dass Sie das anders gemeint haben, dass wir hier eine nachhaltige Lösung bringen und das reicht nicht auf 1. Mai. Ich wollte einfach ehrlich und transparent sein, aber die Vorlage werden wir bringen und wir haben ja schon die Arbeitsmarktzulagen, wir haben ja schon erhöht und Massnahmen getroffen. Wir können noch schauen, ob man das bei den Zulagen schneller macht, da haben wir auch eine Möglichkeit, das können wir noch anschauen.



Einfach, dass Sie wissen, die Lohnkurve, was wir machen würden, um das wirklich gesetzlich zu machen, ist eine Gesetzesänderung. Das kann dann aber auch schnell gehen, auch bei Ihnen, und dass man dann auf 2026 das wirklich so einführen kann. Aber die Vorlage sollte vor ihrer Frist kommen, das ist ja dann vielleicht auch schon zu Ihrer Zufriedenheit, hoffe ich.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Joël Thüring möchte Ihnen noch eine Frage stellen. Sie wird angenommen.

Joël Thüring (SVP): Ich bin einverstanden mit Ihnen, Frau Regierungsrätin, aber Sie sind mit mir auch einverstanden, hoffe ich, dass Sie, bis wir dieses Problem allenfalls bei einer Überweisung gelöst haben mit den gesetzlichen Bestimmungen, etc., dass man aber temporär über die Arbeitsmarktzulage diese Lohnerhöhung trotzdem irgendwie unterbringen kann? Sind Sie damit einverstanden, dass das grundsätzlich möglich wäre? Ich sage nicht, ob Sie es gut oder nicht gut finden würden.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Also das haben wir gemacht. Ich weiss nicht, wie hoch man gehen kann, das Gesetz ist mir gerade nicht so präsent.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Obwohl es viel Einigkeit gibt über die Bearbeitungsfristen, gibt es zwei verschiedene Anträge, über die wir zuerst abstimmen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion bis am 1. Mai 2025. Die Regierungsrätin beantragt, diese Frist auf Ende Februar 2026 zu setzen.

Eventualabstimmung

JA heisst Frist 1. Mai 2025, NEIN heisst Frist Ende Februar 2026

Ergebnis der Abstimmung

41 Ja, 49 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004615, 23.10.24 11:43:19]

Der Grosse Rat beschliesst

Frist wird bis 28.02.2026 verlängert

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die formelle Frist wird auf Ende Februar 2026 gesetzt. Wir haben 41 Ja-Stimmen gegen 49 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Christoph Hochuli beantragt Überweisung als Motion. Der Regierungsrat beantragt Überweisung als Anzug.

Abstimmung

JA heisst es Überweisung als Anzug, NEIN heisst Überweisung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

39 Ja, 51 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004617, 23.10.24 11:44:09]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 28.02.2026



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Geschäft wird als Motion weiterbehandelt. Es liegen 51 Nein-Stimmen gegen 39 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen vor. Da kein Antrag auf Nichtüberweisung gestellt wurde, ist die Motion damit überwiesen.

30. Motion Anina Ineichen und Konsorten für einen Klimafonds "New Green Deal für Basel" (NGDB), Stellungnahme des RR"

[23.10.24 11:44:27, 24.5177.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert 2 Jahren.

Das Wort geht zuerst an Regierungsrätin Tanja Soland. Sie verzichtet. Damit sind wir bei den Fraktionsvoten und hier hat sich Harald Friedl für das GAB gemeldet.

Harald Friedl (GAB): Ja, wir haben den «Chrüzlistich» auch gesehen und wir wissen, es wird schwierig, aber trotzdem möchte ich es nicht unversucht lassen, Sie doch noch von dieser Motion zu überzeugen. Daher beantragen wir Ihnen, hier auch die Motion als Motion weiterbehandeln zu lassen und ein zweites Mal zu überweisen.

Der grosse Vorteil eines Fonds liegt in seiner Zweckbindung. Die Gelder, die in einen solchen Fonds fliessen, sind explizit für dieses Thema, für diese Bestimmung reserviert und in diesem Fall wäre es eben der Klimaschutz. Wenn das Geld einmal geüffnet ist, stehen dann diese Mittel unabhängig von der wirtschaftlichen Lage, von den Einkommen des Kantons zur Verfügung. Wir finden das gerechtfertigt für dieses wichtige Thema. Das schafft nicht nur Planungssicherheit, sondern es erlaubt uns auch, die notwendigen Massnahmen langfristig und nachhaltig zu finanzieren, ohne dass wir das jedes Jahr wieder neu in der Budgetdebatte aushandeln müssen.

Zudem schafft ein Klimafonds die dringend nötige Transparenz. Sie haben alle die kürzlich veröffentlichte Klimastrategie gesehen. Wenn Sie das genauer angeschaut haben, werden da für Klimamassnahmen aus diversesten Quellen und Töpfen Gelder gesprochen. Diese Uneinheitlichkeit der Gelder führt dazu, dass niemand dann wirklich mehr den Überblick hat, wie viel Geld schlussendlich in den Klimaschutz kommt vom Kanton. Hier würde eben ein Fonds für Ordnung sorgen, weil es klar ersichtlich wäre, welche Mittel für welche Massnahmen eingesetzt werden. Das ist nicht nur effizienter, sondern erhöht auch die Glaubwürdigkeit gegenüber der Bevölkerung, die diese Mittel, diese Massnahmen in der Abstimmung auch eingefordert hat.

Die Regierung hat ja selber auch schon Fonds geschaffen. Sie sieht auch den Vorteil solcher Fonds. Ich mag da an die OECD-Gelder erinnern, wo wir auch gerade letzthin kürzlich vom Regierungsrat einen Vorschlag erhalten haben, einen Fonds zu eröffnen, wo Gelder geüffnet werden sollen. Diese Gelder sollen eben bei der Argumentation zu den OECD-Geldern nicht aus den Staatsausgaben genommen werden, sondern wirklich zielgerichtet in einem Fonds angelegt werden. Wenn es für die Wirtschaft gut ist, einen Fonds zu bilden, dann sollte es auch für die Finanzierung von Klimaschutzmassnahmen gut sein.

Und nicht zuletzt die öffentliche Diskussion, die Kontroverse um diese Motion, die geführt wird. Da geht es ja darum, soll ein Expertengremium eingesetzt werden. Wir sind der Meinung, dass diese Diskussion nebensächlich ist. Wenn Sie die Motion gelesen haben, ist das als Vorschlag zu verstehen, als Beispiel, wie dieser Fonds verwaltet werden könnte. Und das ist auch kein Novum, Sie wissen es wahrscheinlich, bei der internationalen Zusammenarbeit ist auch ein Expertengremium eingerichtet worden, das über die Vergabe der Gelder bestimmt.

Ich bitte Sie, diese Argumente in Ihre Überlegungen aufzunehmen und bitte Sie daher auch, die Motion als Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SP spricht Jessica Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Bei der Erstüberweisung dieser Motion haben wir bereits angekündigt, dass wir die Einschätzung des Regierungsrates abwarten möchten, bevor wir uns zur Zweitüberweisung äussern. Mittlerweile hat der Regierungsrat nicht nur zu dieser Motion Stellung genommen, sondern auch den Klimaschutz-Aktionsplan vorgestellt. Es tut sich etwas in Sachen Klima in Basel und das ist auch gut so, denn wir haben nicht nur demokratisch beschlossene Ziele, die



wir erreichen müssen, sondern auch die Natur zeigt uns immer wieder ganz deutlich, dass mit dem Klima nicht alles zum Besten steht.

Die vorliegende Motion möchten wir als Anzug überweisen. Wir sind nicht vollends davon überzeugt, dass eine Expertenkommission ein gutes Gefäss ist, um Entscheide zu treffen, denn das würde dazu führen, dass Entscheide dem demokratischen Prozess entzogen würden. Wir denken, dass bisher immer dann gute und mehrheitsfähige Lösungen entstanden und gefunden wurden, wenn sie demokratisch gefällt wurden und auch so abgesichert wurden. Wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass es wichtig ist, genügend und rechtzeitig Geld für Klimaschutzmassnahmen zur Verfügung zu stellen, weil Klimaschutz eben nicht gratis zu haben ist.

Darum stellen wir den Antrag auf Überweisung als Anzug.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Mitte/EVP spricht Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Swisslos vor Klimaschutz und Biodiversität. Zuschlag für die Elektrifizierung des motorisierten Verkehrs beim Strombezug. Machbarkeitsprüfung Carbon capture and storage (CCS). Energieförderfonds. Das sind einige der Finanzierungswege, wie sie der soeben publizierte Klimaschutz-Aktionsplan 2024 aufzählt. Manche Mittel sind bereits budgetiert, neue Mittel werden ins Budget fliessen, manche werden durch den Aktionsplan ausgelöst, andere nicht. Die Regierung nennt in ihrem Beschluss zur vorliegenden Motion weitere bereits beschlossene Ausgaben, etwa 110 Millionen für die Fernwärme, usw. All diesen Ausgaben gemein ist, dass sie auf dem ordentlichen Weg beschlossen und durch das Parlament genehmigt wurden.

Mit der hier vorliegenden Motion verlangen die Motionäre nun einen Paradigmenwechsel. Der Grosse Rat soll seine Kompetenz an eine Vergabekommission abtreten. Mit anderen Worten, budgetiert würde lediglich noch die Einzahlung an den hier angedachten Fonds. Was einbezahlt werden soll, wird nur vage umrissen. Es würde also an der Regierung liegen, jährlich einen Betrag zu definieren, der in einen Fonds fliessen soll, dessen präzise Verwendung aber nicht klar ist. Damit bestünden zwei Finanzierungsvarianten für die Erreichung der Klimaziele. Die gemäss Aktionsplan geplanten Massnahmen könnten entweder über das übliche Budget oder den Fonds finanziert werden. Dabei ist unergründlich, wie die Mittel vom Fonds in die Projekte fliessen sollen. Muss die Regierung der Kommission einen Budgetantrag stellen? Was, wenn die Kommission den ablehnt, kommt die Ausgabe dann wieder ins Budget des Grossen Rates?

Der Aktionsplan 2024 definiert klar, was wann zur Erreichung der Klimaziele vorgekehrt werden soll und wie die Finanzierung erfolgt. Es ist ein Gesamtkonzept, eine Struktur gegeben. Die Ausführung obliegt der Regierung, die Mittel sind im Budget klar auszuweisen und müssen vom Grossen Rat genehmigt werden. Mit einem Fonds wie dem hier vorgeschlagenen hätten wir eine Parallelinstitution. Wir würden blind Geld in wohl nicht unbeträchtlicher Höhe einer nicht bekannten Kommission zur Verfügung stellen. Diese könnte darüber irgendwie verfügen, zwar wohl im Sinne des Klimaschutzes, aber jeglicher weiteren Kontrolle durch Regierung und Parlament entzogen. Welche Projekte nun mit welchen Mitteln vom Grossen Rat bewilligten oder aus dem Fonds gesprochenen bezahlt werden sollen, ist völlig willkürlich. Kurzum, der ganze Vorschlag ist diffus und intransparent. Mit seiner Realisierung würden die ganzen Verfahren zur Finanzierung der Klimaschutzmassnahmen komplizierter und damit zeitaufwendiger. Das kann nicht im Sinne der Sache sein.

Es ist unerlässlich, dass die ganzen Klimamassnahmen koordiniert und kontrolliert umgesetzt werden. Eine Kommission, die jeder Koordination und Kontrolle durch Parlament und Regierung entzogen ist, trägt die Gefahr in sich, eine gefährliche Eigendynamik zu entwickeln und damit der Klimasache zu schaden. Das so abgezweigte Geld würde der Regierung zur Erreichung der Klimaziele, die sie als zwingende Aufgabe auferlegt erhalten hat, unter Umständen fehlen. Wir riskieren, dass mit viel Geld durch eine Kommission Nice-to-have-Aktionen gestartet werden und andere Massnahmen zurückgestellt werden müssen, weil diesen das Geld fehlt. Was wir im Klimaschutz nun aber am wenigsten brauchen können, sind Verzögerungen. Es muss speditiv koordiniert und kontrolliert gehandelt werden. Wir sind auf dem besten Weg, dies zu erreichen. Gefährden wir dies also nicht, indem wir seltsame Nebenschauplätze errichten.

Ich danke Ihnen dafür, dass Sie die vorliegende Motion nicht der Regierung überweisen, und zwar weder als Motion noch als Anzug.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Luca Urgese spricht für die FDP.

Luca Urgese (FDP): Ich kann mich vielem anschliessen, was meine Vorrednerin gesagt hat, aber ich möchte es noch etwas deutlicher sagen. Einen Klimafonds mit Vergabekommission einzuführen, wie er in dieser Motion vorgeschlagen wird, wäre ein krasses Misstrauensvotum gegen dieses Parlament, gegen die Regierung und Verwaltung und letztlich auch gegen das Volk. Und es verwundert mich schon, wie viele Kolleginnen und Kollegen bereit sind, diesen Affront einfach so hinzunehmen.



Wir entscheiden hier drin praktisch jeden Monat über Massnahmen zum Klimaschutz. Wir sprechen hier drin regelmässig grössere finanzielle Beiträge für den Klimaschutz. Ausbau der Fernwärme, Umstellung der BVB-Busflotte auf elektrische Busse, Ausbau der Solaranlagen auf Verwaltungsgebäuden, nur um ein paar Beispiele zu nennen.

Diese Geschäfte hatten in diesem Saal klare Mehrheiten, aber das scheint der Motionärin nicht genug zu sein. Sie will mehr. Sie sagt das ja auch öffentlich und deutlich und da wird die Motion dann eben problematisch. Wir haben in der Klimapolitik auch umstrittene Geschäfte. Geschäfte, bei denen es knapp wird, Geschäfte, bei denen vielleicht sogar das Volk einmal deutlich nein sagt, wenn ich so an die deutliche Ablehnung der Stadtklima-Initiative denke. Und es kann nicht sein, dass wir bei diesen Geschäften beginnen, das Parlament zu umgehen und darauf läuft der Vorschlag schliesslich hinaus, wenn man dem Wortlaut folgt.

Wenn wir eine Vergabekommission schaffen, wie das die Motion will, gibt es in der praktischen Umsetzung so grob zwei Möglichkeiten. Erstens, wir machen das wie beispielsweise beim Mehrwertabgabefonds. Diese Vergabekommission stellt dem Grossen Rat einen Antrag, dann bleibt das Parlament involviert, aber dann ist es ein Misstrauensvotum an den Regierungsrat und die Verwaltung, dass diese nicht in der Lage sind, richtig zu beurteilen, welche Geschäfte sie uns vorlegen sollen und welche nicht. In der Motion steht ja auch noch etwas von fair und unabhängig, im Umkehrschluss, die Motionärin hält den heutigen Prozess für unfair und auf irgendwelchen Abhängigkeiten beruhend. Dann frage ich mich halt, warum sie dann unbedingt Teil dieses Gremiums werden will.

Oder die zweite Möglichkeit, die Kommission entscheidet selber direkt, wie die Fonds-Gelder ausgegeben werden sollen. Und dann ist das nichts anderes, sagen wir es klar und deutlich, als eine Entmachtung dieses Parlaments und letztlich auch des Volkes in Klimaschutzfragen. Und das ist hochgradig undemokratisch. Wir haben das schon gehört oder gelesen bei Klimaaktivisten, die beim Thema Klima gerne die Demokratie ausschalten würden, weil ihnen alles zu langsam und zu wenig in ihrem Sinn vorwärtsgeht. Würde dieses Parlament sich dieser Haltung anschliessen, hätte das aber schon eine ganz neue Qualität und da bin ich froh, dass die SP zumindest so halb zur entsprechenden Einsicht gekommen ist. Und es ist auch nicht dasselbe wie die Fachkommissionen, die wir im Kulturbereich kennen. Dort geht es a) um kleinere Beiträge und b) sind die Förderentscheide dort politisch nicht umstritten. Das ist doch eine grosse und ziemlich relevante Differenz.

Wir haben vom Regierungsrat einen Klimaschutz-Aktionsplan vorgelegt bekommen. Eine lange Liste von geplanten Massnahmen inklusive Preisschild, welches so nebenbei deutlich tiefer ist, als Sie behaupten, 3,6 Milliarden. Über die dort vorgeschlagenen Massnahmen soll hier drin entschieden werden. Hier werden die Mehrheiten in der Bevölkerung abgebildet, hier ist das relevante demokratische Gremium, welches über Massnahmen zum Klimaschutz in einer Gesamtabwägung zu anderen berechtigten Interessen entscheiden soll und muss.

Und dann noch das Argument der Planungssicherheit. Es gibt diesbezüglich für die betroffenen Akteure keinen Unterschied zwischen Vergabekommission und Grosse Rat. Solange es ein Gremium gibt, das entscheidet, hat man keine bessere Planungssicherheit. Wenn es objektive Kriterien gibt, also wenn das und das der Fall ist, dann gibt es Franken X, dann haben Sie Planungssicherheit, aber dann brauchen Sie auch keine Vergabekommission und sonst hat man immer erst dann Sicherheit, wenn das Gremium entschieden hat.

Wie bitten Sie also mit Nachdruck, die demokratischen Rechte dieses Parlaments und des Volkes zu wahren und die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Oliver Thommen. Sie wird angenommen.

Oliver Thommen (GAB): Ihre Sorge um das Klima und um die Demokratie, ich habe fast Tränen bekommen. Meine Frage ist, Sie haben den Klimaaktionsplan genannt, dort werden ja verschiedenste Töpfe geschaffen und Fonds, unter anderem auch einen Scope-3-Treibhausgas-Fonds. Werden Sie diese Massnahmen dann alle ablehnen, weil das alles so undemokratisch und nicht funktionabel ist?

Luca Urgese (FDP): Wir werden das sehr kritisch anschauen und schauen, wie da die demokratischen Rechte des Parlaments gewahrt werden. Es kann einfach nicht sein, dass man einen Fonds mit Geld speist und dann sagt, ja, die Vergabekommission weiss dann schon, was gut und recht ist. Das lehnen wir ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir fahren um 15 Uhr fort mit diesem Traktandum. Einen schönen Mittag.

Schluss der 32. Sitzung

12:00 Uhr

